



Wichtiger Hinweis

Die nachfolgenden Seiten dienen lediglich als Information für mögliche Bewerber. Fragen hierzu sollten zum derzeitigen Zeitpunkt nicht gestellt werden.

Die vorliegenden Vergabeunterlagen stellen den informatorischen Stand für die Veröffentlichung nach §41 Abs. 1 SektVO dar.

Die vorliegenden Vergabeunterlagen können daher ohne gesonderte Aufforderung durch den Auftraggeber nicht zur Abgabe eines Angebots herangezogen werden.

Nach erfolgreicher Bewerbung erhalten die zugelassenen Bieter das komplette Leistungsverzeichnis incl. aller Anlagen.

Im Zuge der Angebotsbearbeitung können dann Fragen zu den Ausschreibungsunterlagen gestellt werden.

Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

2026-1004969

Auftraggeber

- ☒ Flughafen München GmbH, Nordallee 25, 85356 München-Flughafen
- ☒ Terminal 2 Gesellschaft mbH & Co oHG, Postfach 23 17 55, 85326 München-Flughafen
vertreten durch die Flughafen München GmbH

Ausschreibungsdatum: Termineingabe

Bezeichnung: Rahmenvertrag SiGeKo-Leistungen in der Planungs- und Bauphase

Vergabeart:

Verhandlungsverfahren nach dem 4. Teil des GWB sowie der SektVO

für die Vergabe von: Sigeko-Leistungen

- ☒ Zu der Bekanntmachung im EU-Amtsblatt vom
- ☒ Es handelt sich um einen Rahmenvertrag mit einer Laufzeit:
von 01.09.2026 bis 31.08.2031

Zutrittsberechtigung zum Sicherheitsbereich erforderlich ☒ ja (50%) ☒ nein (50%)
(gem. Ziffer 10 der Angebotsaufforderung)

Bitte beachten Sie für das vorliegende Vergabeverfahren folgende Terminvorgaben:

Schlusstermin für die Einreichung von Fragen (vgl. Ziffer 13)	Termineingabe
Schlusstermin für die Einreichung von Angeboten	Termineingabe bis Uhrzeit
Bindefrist für die Angebote	Termineingabe
Anmeldeschluss für freiwillige Ortsbesichtigungen (vgl. Ziffer 14):	Termineingabe bis Uhrzeit



A) Anlagen, die neben dem vorliegenden Formblatt „Aufforderung zur Abgabe eines Angebots“ beim Bieter verbleiben:

- ☐ Vertrag für Planungsleistungen mit Anhängen
- ☒ Rahmenvertrag für SigeKo-Leistungen in der Planungs- und Ausführungsphase mit Anhängen
- ☐ Generalplanervertrag mit Anhängen
- ☐ Vertragserfüllungsbürgschaft
- ☐ Mängelhaftungs-, Regress- und Überzahlungsbürgschaft
- ☐ Planliste
- ☒ Einschlägige FMG-Richtlinien plus Handbücher

B) Anlagen, die ausgefüllt mit dem Angebot einzureichen sind:

- ☒ Angebotsschreiben
- ☒ Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder Erfüllungsverbots
- ☒ Erklärung der Mitglieder der Bietergemeinschaft
- ☒ Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer
- ☒ Anhang 3 - Vergütung
- ☒ Formblatt Verhandlungsangebote
- ☒ Formblatt Schüsselpersonal
- ☐ Sonstige



Sehr geehrte Damen und Herren,

es ist beabsichtigt, gemäß diesem Aufforderungsschreiben die in den Vergabeunterlagen beschriebenen Leistungen zu vergeben. Einzelheiten zu den vorliegend zu vergebenden Leistungsinhalten sind insbesondere der beiliegenden Leistungsbeschreibung bzw. dem beiliegenden Leistungsverzeichnis zu entnehmen.

Grundlagen für die Angebotsbearbeitung und Angebotsabgabe sind:

1 Vergaberechtliche Einordnung

1.1 Auftraggeber

Auftraggeber im vorliegenden Verfahren ist:

☒ Die Flughafen München GmbH, Nordallee 25, 85356 München-Flughafen

☒ Terminal 2 Gesellschaft mbH & Co oHG, Postfach 23 17 55, 85326 München-Flughafen

Der Auftraggeber wird im vorliegenden Verfahren durch die Flughafen München GmbH vertreten. Die Vertretung gilt nicht für behördliche oder gerichtliche Verfahren.

Aus Vereinfachungsgründen wird nachfolgend auch im Rahmen einer Vertretung stets vom „Auftraggeber“ gesprochen.

Der Auftraggeber ist ausschließlich Sektorenauftraggeber gemäß § 100 Abs. 1 Nr. 2 GWB.

1.2 Für das vorliegende Verfahren gilt Folgendes:

Der Auftraggeber führt ein Verhandlungsverfahren nach dem 4. Teil des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) und der Sektorenverordnung (SektVO) durch.

1.3 Leistungsgegenstand

1.3.1 Leistungsbereiche

Es ist beabsichtigt, folgende Leistungsbilder zu beauftragen:

☒ SigeKo-Leistungen in der Planungs- und Ausführungsphase

1.3.2 Leistungsumfang

Der Gesamtleistungsumfang ist in der Leistungsbeschreibung beschrieben

1.3.3 Sonstiges

Weitere Angaben zum Inhalt des Vergabeverfahrens sind dem beigefügten Vertragsentwurf sowie seiner Anhänge zu entnehmen.



1.4 ☒ Bei Vorliegen eines Rahmenvertrages gilt:

1.4.1 Laufzeit des Rahmenvertrages: siehe Seite 1 als auch die beigefügten Vertragsbedingungen.

1.4.2 Der Gesamtwert der Leistungen pro Jahr wird geschätzt auf € 250.000,

Die vorstehende Angabe ist insofern unverbindlich, als dass sie keinen Anspruch auf Abruf von Einzelleistungen bis zum Jahresgesamtwert begründen. Sofern sich aus den Vertragsbedingungen nichts Anderweitiges ergibt, besteht kein Anspruch auf Abruf von Mindestkontingenten.

Auftraggeber behält sich vor, Einzelleistungen größeren Umfangs gesondert auszuschreiben.

1.4.3 Es ist beabsichtigt, den Rahmenvertrag mit 2 Auftragnehmer(n) zu schließen.

Die Regelungen für den Abruf von Einzelaufträgen sind dem Rahmenvertrag zu entnehmen.

2 Ausführungszeit/Vertragslaufzeit:

Für die Ausführungszeit bzw. Vertragslaufzeit gelten die in den beigefügten Vertragsbedingungen geltenden Vorgaben.

3 Angebot

Falls Sie bereit sind, die Leistungen zu übernehmen, werden Sie gebeten, anliegendes Angebotsschreiben nebst Anlagen ausgefüllt in der nachfolgend vorgegebenen Form zuzusenden.

Angebote können abgegeben werden:

☒ elektronisch in Textform.

Bei elektronischer Angebotsübermittlung in Textform sind der Bieter und die Person, die die Erklärung abgibt, zu benennen.

☒ elektronisch mit fortgeschrittener Signatur / mit fortgeschrittenem Siegel.

☒ elektronisch mit qualifizierter Signatur / qualifiziertem Siegel.

Das Angebot ist zusammen mit den nachfolgend aufgeführten Anlagen (siehe Ziffer 3.2) bis zum Ablauf der Angebotsfrist über die Vergabeplattform des Auftraggebers zu übermitteln.

3.1 Für das Angebot sind die vom Auftraggeber übersandten Vordrucke zu verwenden.

Angebotsbestandteile sind das vom Bieter ausgefüllte und an der gekennzeichneten Stelle entsprechend voranstehender Vorgaben ggf. signierte Angebotsschreiben gemäß beigefügtem Formblatt „Angebot“ sowie die im Formblatt „Angebot“ auf Seite 1 einleitend als „Anlagen“ benannten und angekreuzten Unterlagen. Auf Verlangen hat der Bieter den Vollmachtsnachweis zu führen, falls sich die Vertretungsberechtigung der unterzeichnenden Personen nicht aus dem Handelsregister ergibt.



3.2 Folgende Erklärungen sind vom Bieter ausgefüllt gemäß den vorliegenden Formblättern dem ausgefüllten Angebotsschreiben (siehe Ziffer 3.1) in Textform beizufügen.

3.2.1 ☒ Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder Erfüllungsverbots nach Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022

3.2.2 ☒ Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer

Beabsichtigt der Bieter, Teile der Leistung von Unterauftragnehmern/Nachunternehmern ausführen zu lassen, muss er bereits mit seinem Angebot die Erklärungen über den beabsichtigten Einsatz von Unterauftragnehmern/Nachunternehmern gemäß dem in den Vergabeunterlagen vorgegebenen Formblatt "Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer" ausgefüllt abgeben.

Die für die Leistungserbringung ggf. vorgesehenen Nachunternehmer / Unterauftragnehmer / Subunternehmer sind namentlich mit dem Angebot zu benennen. Soweit im Angebot keine entsprechenden Angaben gemacht werden, wird die ausgeschriebene Leistung als Eigenleistung des Bieters angeboten.

3.2.3 ☒ Erklärung der Mitglieder der Bietergemeinschaft

Bietergemeinschaften haben mit ihrem Angebot die von allen Mitgliedern ausgefüllte Bietergemeinschaftserklärung abzugeben.

3.2.4 ☐ Bestätigung der durchgeführten Ortsbesichtigung nach Ziffer 14

3.2.5 ☒ Die Konzepte nach Anhang 1, Ziffer 2 sind vom Bieter zusätzlich als separate Anlagen dem Angebot beizufügen.

3.2.6 ☒ Honorarangebot gemäß Anhang 3 Vergütung (siehe nachfolgende Ziffer 4)

3.2.7 ☒ Verhandlungsangebote zu Vertragsbedingungen

Für nach Ziffer 8.1 zugelassene Verhandlungsangebote zu den Vertragsbedingungen hat der Bieter das vorliegende Formblatt zu verwenden.

3.2.8 ☒ Benennung des Schlüsselpersonals

Für die Benennung des Schlüsselpersonals (vgl. Anhang 1) hat der Auftraggeber ein Formblatt erstellt, das ausgefüllt einzureichen ist.

3.3 Änderungen des Bieters an seinen Eintragungen müssen zweifelsfrei sein. Änderungen an den Vergabeunterlagen sind unzulässig mit Ausnahme von solchen Änderungen, die im Rahmen von zugelassenen Nebenangeboten und/oder Verhandlungsangeboten ausdrücklich als solche gekennzeichnet sind. Entspricht der Gesamtbetrag einer Ordnungszahl (Position) nicht dem Ergebnis der Multiplikation von Mengenansatz und Einheitspreis, so ist der Einheitspreis maßgebend.

3.4 Alle Preise sind in Euro, Bruchteile in vollen Cent anzugeben.

Die Preise (Einheitspreise, Pauschalpreise, Verrechnungssätze usw.) sind ohne Umsatzsteuer anzugeben. Der Umsatzsteuerbetrag ist unter Zugrundelegung des geltenden Steuersatzes am Schluss des Angebots hinzuzufügen.



- 3.5 Beabsichtigt der Bieter, Angaben aus seinem Angebot für die Anmeldung eines gewerblichen Schutzrechtes zu verwerten, hat er in seinem Angebot darauf hinzuweisen.
- 3.6 Das Angebot ist in all seinen Bestandteilen, d.h. auch in allen Anlagen, in deutscher Sprache abzufassen, sofern nicht ausdrücklich eine andere Sprache zugelassen wurde.
- 3.7 Mit der Angebotsabgabe erklärt der Bieter sein Einverständnis in die Vertragsstruktur, die in den beigefügten Vertragsbedingungen enthalten ist. Der Auftraggeber weist darauf hin, dass Änderungen an den Vertragsbedingungen Nebenangebote darstellen können.
- 3.8 Mindestbedingungen für das Angebot
- Der Auftraggeber wird Angebote zwingend ausschließen, wenn einer der nachfolgend benannten Ausschlussgründe vorliegt:
- 3.8.1 Das Angebot ist dem Auftraggeber nicht bzw. nicht über die vorgegebene Vergabeplattform des Auftraggebers bis zum Schlusstermin für die Einreichung der Angebote zugegangen.
- 3.8.2 Der Bieter ist zur Angebotsabgabe nicht zugelassen.
- 3.8.3 Das Angebot entspricht nicht der nach Ziffer 3 vorgegebenen Form:
- Bei Vorgabe der Textform: Im Angebotsformular ist der Name der Person, die die Erklärung abgibt, nicht oder nicht an der im Formblatt „Angebot“ am Ende vorgesehenen Stelle am Ende des Angebotsformulars aufgeführt.
- Bei Vorgabe einer Signatur: Das Angebot nicht oder nicht mit der vorgegebenen Signatur bzw. dem vorgegebenen Siegel signiert.
- 3.8.4 Eine nach Ziffer 14 durch entsprechende Kennzeichnung als zwingend vorgesehene Ortsbesichtigung vor Einreichung der Angebote wurde von Bieter nicht durchgeführt.
- 3.8.5 Der Bieter hat sich im Zusammenhang mit diesem Vergabeverfahren an einer unzulässigen Wettbewerbsbeschränkung beteiligt.
- 3.8.6 Das Angebot sind leistungsbezogene Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, unvollständig, § 51 Abs. 3 SektVO.
- Der Auftraggeber weist ausdrücklich darauf hin, dass eine Nachreichung von Konzepten nicht möglich ist, sofern die Konzepte Zuschlagskriterien sind. Eine Nachreichung von Preisen ist nur unter sehr engen Voraussetzungen möglich, § 51 Abs. 3 SektVO. Dies ist bei der Erstellung der Angebote zu berücksichtigen.



- 3.9 In allen anderen Fällen, in denen die Angebote den Vorgaben aus obigen Ziff. 3.1 – 3.7 nicht entsprechen, insbesondere wenn vorzulegende Erklärungen oder Angaben/Unterlagen nicht oder nicht ordnungsgemäß beigelegt wurden, behält sich der Auftraggeber einen Ausschluss des Angebots vor.
- 3.10 Darüber hinaus behält sich der Auftraggeber vor, anstelle des möglichen Ausschlusses unter Beachtung des vergaberechtlichen Grundsatzes der Gleichbehandlung fehlende Unterlagen nach § 51 Abs. 2 SektVO nachzufordern, sofern eine Nachforderung nicht nach § 51 Abs. 3 SektVO ausgeschlossen ist, oder eine Aufklärung über aufklärungsbedürftige Inhalte, ggf. auch mehrfach, der Angebote zu betreiben.
- 4 Honorarangebot
- 4.1 Honorarangebot gemäß Formblatt
- Es ist ein Honorarangebot nach den Vorgaben der Vergabeunterlagen (insbes. Anhang 3 zum SiGeKo-Vertrag) einzureichen.
- 4.2 Gemäß den entsprechenden Vorgaben im Formblatt „Angebot“ sind folgende Erklärungen abzugeben:
- 4.2.1 ☒ Bestätigung über Berücksichtigung der Kosten für Sicherheitsüberprüfungen, Fahrgenehmigungen, Lehrgänge, Sicherheitsschulungen und Sicherheitsbelehrungen, sowie den hierfür erforderlichen Zeitaufwand.
- 4.2.2 ☒ Bestätigung über die Geltung des Honorarangebots für die tatsächliche Dauer der künftigen Leistungszeit gemäß Anhang Vergütung des Vertrages
- 4.3 Nebenkostenzuschlag
- ☐ Das Honorarangebot muss ein Angebot zu einem pauschalen Nebenkostenzuschlag, bezogen auf das Netto-Gesamthonorar, ausweisen.
- ☒ Eine gesonderte Erstattung der Nebenkosten findet nicht statt. Die Abgeltung der Nebenkosten ist in die angebotenen Honorare einzurechnen.
- 4.4 Das Honorarangebot muss gesondert ein Angebot über Tages- und Stundensätze für etwaige vergütungspflichtige Zusatzarbeiten oder Änderungsleistungen enthalten, abgestuft ausschließlich nach folgender Qualifikation der eingesetzten Mitarbeiter/Mitarbeiterinnen:
- Kategorie A: Projektleitung und Stellvertretung (SiGeKos)
- Für die Wertung der vorgenannten Angaben wird auf Ziffer 9 sowie auf das Formblatt „Honorarangebot“ verwiesen.
- 5 Einreichung des Angebotes
- Für die Form und den Inhalt der Angebote wird auf Ziffer 3 verwiesen.
- 6 Sicherheiten
- Einzelheiten zu den geforderten Sicherheiten sind den Vertragsbedingungen zu entnehmen, die den beiliegenden Vergabeunterlagen beigelegt sind.



7 Losaufteilung:

- 7.1 ☒ Eine Losaufteilung ist nicht vorgesehen.
- 7.2 ☐ Es können Angebote für ein Los, mehrere Lose oder alle Lose abgegeben werden.
- 7.3 ☐ Der Auftraggeber behält sich vor, auf der Grundlage der Angebotswertung eine Vergabe der Vergabe (einzelne oder mehrere Lose) vorzunehmen. Weitere Losbegrenzungen bestehen nicht.
- 7.4 ☐ Es können ausschließlich Lose nach folgender Maßgabe angeboten werden:

Bitte beschreiben

8 Nebenangebote

- 8.1 ☒ Nebenangebote sind nicht zugelassen (zu kommerziellen Nebenangeboten vgl. Ziff. 8.6).
- ☒ Dem Bieter steht es frei, Verhandlungsangebote zu unterbreiten. Verhandlungsangebote sind mit dem Erstangebot einzureichen. Hat der Auftraggeber den Vergabeunterlagen ein Formblatt für Verhandlungsangebote übermittelt, ist dieses zu verwenden. Der Auftraggeber wird nach pflichtgemäßem Ermessen und unter Wahrung des Gleichbehandlungsgrundsatzes entscheiden, ob Verhandlungsangebote aufgegriffen werden und/oder die Vergabeunterlagen entsprechend den Verhandlungsangeboten angepasst werden. Ein Anspruch auf Berücksichtigung von Verhandlungsangeboten besteht nicht.
- 8.2 ☐ Nebenangebote sind nach folgender Maßgabe zugelassen:
- ☐ Nebenangebote in ausschließlich technischer Hinsicht auch ohne Abgabe eines Hauptangebotes.
 - ☐ Technische Nebenangebote sind nur in Verbindung mit einem Hauptangebot zulässig.
 - ☐ Kommerzielle Nebenangebote nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
 - ☐ Eine Kombination von technischen und kommerziellen Nebenangeboten nur in Verbindung mit einem Hauptangebot
 - ☐ Eine Kombination von technischen und kommerziellen Nebenangeboten auch ohne Hauptangebot.
- 8.3 Allgemeine Anforderungen an zugelassene Nebenangebote
- 8.3.1 Sind Nebenangebote nach voranstehender Ziffer 8.2 zugelassen, gelten die nachfolgenden allgemeinen Anforderungen:
- 8.3.2 Nebenangebote müssen als solche deutlich bezeichnet und gekennzeichnet sein.
- 8.3.3 Nebenangebote müssen alle Leistungen umfassen, die zu einer einwandfreien Ausführung der jeweiligen Leistung erforderlich sind.



- 8.3.4 Alle Leistungen, die vom Nebenangebot umfasst sind, müssen nachvollziehbar und zuordenbar zur vorliegenden Leistungsbeschreibung bzw. zum vorliegenden Leistungsverzeichnis (einschl. betroffener Positionsnummern) benannt und beschrieben sein.
- 8.3.5 Unabhängig von den voranstehenden Vorgaben sind Nebenangebote, soweit sie Teilleistungen (Positionen) der Leistungsbeschreibung / des Leistungsverzeichnisses beeinflussen (ändern, ersetzen, entfallen lassen, zusätzlich erfordern), nach Mengenansätzen und Einzelpreisen aufzugliedern (auch bei Vergütung durch Pauschalsumme), wenn die vorliegende Leistungsbeschreibung bzw. das vorliegende Leistungsverzeichnis eine entsprechende Gliederung in Positionen aufweist.
- 8.3.6 Der Auftraggeber behält sich vor zu Nebenangeboten – soweit nach Art der Leistung erforderlich – Erläuterungen, insbesondere technischer, wirtschaftlicher oder sonstiger Art, nachzufordern. Der Auftraggeber erwartet Hinweise, sofern sich aus Nebenangeboten üblicherweise Auswirkungen auf Gewerke außerhalb der vom Auftragnehmer anzubietenden Leistungen ergeben können.
- 8.3.7 Der Auftraggeber behält sich vor, Nebenangebote, die den voranstehenden Vorgaben für Nebenangebote aus Ziffern 8.3.1 bis 8.3.5 nicht entsprechen, auszuschließen oder eine Aufklärung zu betreiben.

8.4 Mindestbedingungen für zugelassene technische Nebenangebote

Für nach voranstehender Ziffer 8.2 zugelassene technische Nebenangebote gelten zusätzlich folgende Mindestbedingungen sowie die folgenden Anforderungen für Nachweise der Gleichwertigkeit:

8.4.1 Mindestbedingungen für technische Nebenangebote:

Technische Nebenangebote müssen die Mindestbedingungen erfüllen, welche in der Leistungsbeschreibung, Kapitel **Eingabe**, S. **Eingabe** ff aufgelistet sind.

8.5 Erforderliche Nachweise der Gleichwertigkeit

☐ Bereits mit dem Angebot sind für technische Nebenangebote/Änderungsvorschläge mindestens die in der Leistungsbeschreibung, Kapitel **Eingabe**, S. **Eingabe** ff genannten Nachweise für die Gleichwertigkeit vorzulegen.

☐ Bereits mit dem Angebot sind für technische Nebenangebote folgende Nachweise für die Gleichwertigkeit vorzulegen:

Bitte angeben

8.6 Mindestbedingungen für kommerzielle Nebenangebote

Für nach voranstehender Ziffer 8.2 zugelassene kommerzielle Nebenangebote gelten zusätzlich folgende Mindestbedingungen:

Preisnachlässe mit Bedingungen (z.B. Skonto oder Preisnachlässe bei kombinierter Vergabe mehrerer Lose) können angeboten werden, jedoch behält sich der Auftraggeber vor, diese bei der Angebotswertung unberücksichtigt zu lassen, falls der Nachlass von Bedingungen abhängig gemacht wird, die von einer Entscheidung oder Wahl des Bieters abhängen oder von deren Eintritt der Auftraggeber realistischweise nicht ausgehen kann.

Eine prüfbare Darstellung in preislicher Hinsicht ist dem Nebenangebot beizufügen.



9 Wertung der Angebote

Der Auftraggeber verfährt bei der Wertung der Angebote (Haupt- und – sofern zugelassen – Nebenangebote) nach dem 4. Teil des GWB und – soweit anwendbar – nach der SektVO. Zuschlagskriterien sind die nachfolgend benannten Kriterien mit der dort angegebenen Gewichtung:

9.1 Die Kriterien der Auftragsentscheidung werden im Einzelnen in Anhang 1 Ziffer 1 beschrieben.

9.2 Weitere Wertungsvorgaben

9.2.1 Preisnachlässe ohne Bedingungen können angeboten werden.

9.3 Ablauf des Vergabeverfahrens

9.3.1 Der Auftraggeber wird die eingegangenen Angebote prüfen und werten. Angebote, die die Mindestbedingungen nach Ziffer 3.8 nicht einhalten, werden ausgeschlossen.

9.3.2 Der Auftraggeber behält sich vor, nach § 15 Abs. 4 SektVO den Auftrag auf der Grundlage der Erstangebote ohne Eintritt in Verhandlungen zu vergeben.

9.3.3 Der Auftraggeber wird – sofern der Zuschlag nicht auf der Grundlagen von § 15 Abs. 4 SektVO auf ein Erstantgebot erteilt werden soll - mit denjenigen Bietern Verhandlungen aufnehmen, deren Angebote für einen Vertragsabschluss hinreichend aussichtsreich erscheinen. Dies bedeutet, dass nicht zwingend mit sämtlichen Bietern, die ein wertungsfähiges Angebot abgegeben haben, auch Vertragsverhandlungen geführt werden. Der Auftraggeber behält sich vor, während des Vergabeverfahrens die Anzahl der in der Wertung verbleibenden Bieter auf der Grundlage der vorab benannten Zuschlagskriterien samt deren Gewichtung phasenweise zu verringern.

Bereits jetzt wird zum weiteren Verlauf des Vergabeverfahrens folgendes mitgeteilt und angekündigt:

Der Auftraggeber behält sich insbesondere vor, bereits auf der Grundlage der eingereichten Angebote sowie etwaiger hierzu ggf. für erforderlich gehaltener Angebotsaufklärungen unter Verwendung der oben genannten Zuschlagskriterien samt deren Gewichtung den Kreis derjenigen Bieter festzulegen, mit denen Vertragsverhandlungen geführt werden. Dies sind ggf. die Bieter, die aufgrund einer Zwischenwertung eine erfolversprechende Rangstelle einnehmen. Die Bieter, die aufgrund einer Zwischenwertung keine erfolversprechende Rangfolge einnehmen, verbleiben dann nicht mehr im Vergabeverfahren und erhalten hierüber unbeschadet der späteren Information nach § 134 GWB eine Mitteilung.

Es wird daher empfohlen, bei der Angebotsausarbeitung die Möglichkeit einer Zwischenwertung der vorbeschriebenen Art und deren Konsequenzen sorgfältig zu berücksichtigen.



- 9.3.4 Der Auftraggeber behält sich weiterhin vor, zur Sicherstellung einer Vergleichbarkeit der Angebote Bieter - auch mehrfach - zur Aufklärung (mündlich oder in Textform) von Angebotsinhalten aufzufordern.
- 9.3.5 Der Auftraggeber wird die jeweils in der Wertung verbleibenden Bieter über die jeweils anstehenden weiteren Verfahrensabläufe zeitgleich und rechtzeitig unterrichten.
- 10 Nicht allgemein zugänglicher Bereich, §§ 7, 8, 10 Luftsicherheitsgesetz (roter Flughafenausweis)
- ☒ Die in den vorliegenden Vergabeunterlagen aufgeführten Leistungen werden auch im nicht allgemein zugänglichen Bereich des Flughafens München (Sicherheitsbereich) ausgeführt ca. 50 %. Insoweit müssen die Arbeitnehmer entsprechend dem „Merkblatt über das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafen München“ einer Zuverlässigkeitsprüfung unterzogen werden und sie müssen an einer Luftsicherheitsschulung nach LuftSiSchulV teilgenommen haben.
- Die hieraus resultierenden Kosten sind in die Angebotspreise einzurechnen. Entsprechendes gilt hinsichtlich eines etwaigen Befahrens der Sicherheitsbereiche mit Firmenfahrzeugen.
- Sämtliche Flughafenlieferungen sog. „nicht bekannter Lieferanten von Flughafenlieferungen“ in die Sicherheitsbereiche sind ab dem 29.04.2012 vollständig zu kontrollieren. Etwaige daraus resultierende Kosten und weitergehende Informationen entnehmen Sie bitte dem „Merkblatt über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafen München“. Soweit in diesem Merkblatt Kosten für Auftragnehmer angegeben sind, sind diese in die abgegebenen Preise einzurechnen. Mit – nicht quantifizierbaren – Wartezeiten bei der Kontrolle von Flughafenlieferungen ist zu rechnen.
- ☒ Die in den vorliegenden Vergabeunterlagen aufgeführten Leistungen werden nicht Sicherheitsbereich des Flughafens München ausgeführt.
- 11 Vergabekammer gemäß §§ 160 ff GWB:
- Regierung von Oberbayern
- Vergabekammer Südbayern
- D - 80534 München
- 12 Nicht beigefügte Vergabeunterlagen
- Die nachfolgend aufgeführten, nicht beigefügten Vergabeunterlagen können auch in Textform vom Auftraggeber angefordert werden.
- ☒ Flughafenbenutzungsordnung, abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/informationen-fur-aviation-partner-86550>
- ☒ Merkblatt über das anonyme Hinweisgebersystem abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/compliance-86861>



- ☒ Merkblatt über das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☐ Merkblatt über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/lieferanten-86741>
- ☒ Auszug Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☒ Merkblatt zur Rahmenvertragsabwicklung abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☒ Hinweise zum Abrechnungsverfahren abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☐ Richtlinie zur LV-Erstellung abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☒ Geschäftspartnerkodex des Flughafen München Konzern, abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/compliance-86861>

13 Anfragen zum Inhalt der Vergabeunterlagen

Anfragen zum Inhalt der Vergabeunterlagen einschließlich des Leistungsgegenstandes sind unter Verwendung des zur Verfügung gestellten Formblattes „Bieterfragen“ in Textform über das Vergabeportal des Auftraggebers einzureichen.

Diese Anfragen müssen bis spätestens zum auf Seite 1 benannten Schlusstermin für die Einreichung von Fragen beim Auftraggeber unter der genannten Adresse eingereicht werden.

Rechtzeitige und formgültige Anfragen der Bieter, die im Interesse der Gleichbehandlung für sämtliche Bieter Bedeutung für die Angebotsbearbeitung haben können, werden gesammelt und mit der Antwort sämtlichen Bietern gleichlautend bekannt gemacht.

14 Ortsbesichtigung

- ☐ Ortsbesichtigung nach vorheriger Anmeldung beim Auftraggeber und Genehmigung. Anmeldung muss bis spätestens zum auf Seite 1 des vorliegenden Schreibens benannten Schlusstermin eingereicht werden.
- ☐ Eine Ortsbesichtigung der örtlichen Gegebenheiten am Flughafen München ist Pflicht und muss vom Bieter in Textform bestätigt werden. Eine unterlassene Ortsbesichtigung führt zum Angebotsausschluss. Zur Durchführung der vorgenannten Ortsbesichtigung wird der Bieter mit gesondertem Anschreiben durch den Auftraggeber eingeladen.
- ☒ Eine Ortsbesichtigung ist im vorliegenden Vergabeverfahren nicht vorgesehen.



15 Mitteilung von Unklarheiten in den Vergabeunterlagen

Enthalten die Vergabeunterlagen nach Auffassung des Bieters Unklarheiten, so hat der Bieter unverzüglich den Auftraggeber vor Angebotsabgabe in Textform darauf hinzuweisen. Der Bieter hat in gleicher Weise zu verfahren, wenn sich für ihn aus der Leistungsbeschreibung und den sonstigen ihm zur Verfügung stehenden Unterlagen die Ausführung der Leistung nicht mit hinreichender Klarheit ergibt, er aber in seiner Kalkulation darauf abstellen will.

16 Vorbehalt zur Eignungsprüfung

☒ Verhandlungsverfahren mit Teilnahmewettbewerb:

Im Verhandlungsverfahren nach dem 4. Teil des GWB und der SektVO wurde die Eignung der Bewerber bereits im vorausgegangenen Teilnahmewettbewerb geprüft. Der Auftraggeber behält sich die Prüfung vor, ob die dort festgestellten Eignungsmerkmale des Bieters im Sinne von § 122 GWB auch noch bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens vorliegen.

☐ Verhandlungsverfahren ohne Teilnahmewettbewerb:

Für den Fall, dass Eignungsnachweise nicht bereits in einem freiwilligen Teilnahmewettbewerb verlangt wurden, hat auf Verlangen des Auftraggebers der Bieter zum Nachweis seiner Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit und Zuverlässigkeit) Angaben zu machen über:

16.1 Erklärung über den Umsatz (netto) des Bieters, der auf Leistungen entfällt, die mit den vorliegend ausgeschrieben Leistungen vergleichbar sind, aufgeteilt für die letzten drei abgeschlossenen Geschäftsjahre.

16.2 Angaben zu realisierten Referenzprojekten aus vergangenen 36 Monaten, bei denen in Art und Umfang mit der vorliegend ausgeschrieben vergleichbare Leistungen durchgeführt wurden, mit folgenden Angaben für jedes Referenzprojekt:

- Name und Adresse des Auftraggebers sowie Benennung eines Ansprechpartners beim Auftraggeber mit Telefonnummer und E-mail-Adresse;
- Bezeichnung und Standort des Referenzprojekts mit Kurzbeschreibung der erbrachten Leistungen und Angaben zur Projektgröße;
- Benennung der Auftragssumme;
- Zeitraum der Leistungserbringung;
- Angabe, ob die Leistungen als vollständige Eigenleistung, mit Nachunternehmern oder in Kooperation mit anderen Firmen erbracht wurden, sowie ggf. Angabe des Eigenleistungsanteils.



- 16.3 die Zahl der in den letzten 3 abgeschlossenen Geschäftsjahren beim Bieter jahresdurchschnittlich beschäftigten Arbeitskräfte, gegliedert nach Berufsgruppen,
- 16.4 die Eintragung in das Berufsregister seines Sitzes oder Wohnsitzes,
- 16.5 andere, insbesondere für die Prüfung der Fachkunde geeignete Nachweise,
- 16.6 die Unfallversicherung durch Vorlage einer Bescheinigung der Berufsgenossenschaft. Ein Bieter, der seinen Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat, hat eine Bescheinigung des für ihn zuständigen Versicherungsträgers vorzulegen.
- 16.7 Für den Fall, dass Eignungsnachweise bereits in einem Teilnahmewettbewerb eines vorangegangenen und eingestellten Vergabeverfahrens verlangt wurden, behält sich der Auftraggeber die Prüfung vor, ob die dort festgestellten Eignungsmerkmale des Bieters auch noch bis zum Abschluss des Vergabeverfahrens vorliegen.
- 17 Zusätze für ausländische Bieter
- 17.1 In einer gesonderten Anlage zum Angebot ist anzugeben, bei welchem in der EU zugelassenen Versicherungsunternehmen der Bieter haftpflichtversichert ist und wie hoch die vereinbarten Deckungssummen für Personenschäden und sonstige Schäden sind.
- 17.2 Falls der Bieter seinen Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland hat und noch nicht Mitglied einer deutschen Berufsgenossenschaft ist, hat er vor der Erteilung des Auftrages nachzuweisen, dass er sein Unternehmen, soweit er auf dem Gebiet der Bundesrepublik Deutschland tätig wird, zur Berufsgenossenschaft angemeldet hat.
- Für den Fall, dass der Bieter aufgrund internationaler Vereinbarungen von der Pflicht zur Mitgliedschaft bei einer deutschen Berufsgenossenschaft befreit ist, hat er dies durch eine Bescheinigung der deutschen Berufsgenossenschaft zu belegen.
- 17.3 Ausländische Bewerber mit Sitz außerhalb des Bereichs der Europäischen Union haben den Nachweis zu erbringen, dass das zuständige Arbeitsamt die erforderlichen Arbeitserlaubnisse erteilt.
- 17.4 Bei Auftragserteilung ist ein inländischer Zustellungsbevollmächtigter zu benennen.
- 17.5 Für die Regelung der vertraglichen und außervertraglichen Beziehungen zwischen den Vertragspartnern gilt neben den im Vertragstext aufgezählten Vertragsbestandteilen ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland, für ein eventuelles gerichtliches Verfahren das Prozessrecht der Bundesrepublik Deutschland.

Mit freundlichen Grüßen

- ☒ Flughafen München GmbH, Nordallee 25, 85356 München-Flughafen
- ☒ Terminal 2 Gesellschaft mbH & Co oHG, Postfach 23 17 55, 85326 München-Flughafen

Dieses Schreiben trägt keine Unterschrift, da es elektronisch erstellt wurde.



Anhang 1 zur Angebotsaufforderung

1. Gemäß Ziffer 9 der Angebotsaufforderung erfolgt die Wertung der Angebote nach folgenden Kriterien:

1.1. Zuschlagskriterien mit Unterkriterien

		Gewichtung
1.1.1	Gesamtwertungssumme Preis bestehend aus den angebotenen Honoraren für die einzelnen Planungs- und Beratungsleistungen (inkl. der optionalen Besonderen Leistungen) sowie der Wertungssumme der Zeithonorare	55%
1.1.2	Auftragsbezogene Qualitäts- und Leistungsmerkmale bestehend aus folgenden Unterkriterien:	45%
	<input checked="" type="checkbox"/> Auftragsbezogenes Organisation- und Ablaufkonzept	15%
	<input checked="" type="checkbox"/> Auftragsbezogene Qualifikation und Erfahrung des Schlüsselpersonals	30 %
	Gesamt:	100 %

1.2. Erläuterung zur Anwendung der Zuschlagskriterien sowie deren Gewichtung bei der Wertung der Angebote

Der Auftraggeber wird bei der Bewertung der Angebote (ggf. nach Ziffer 9.3.3 der Angebotsaufforderung durchgeführte Zwischenwertung/en sowie die abschließende Wertung der Angebote) eine Bewertungsmatrix mit einem Punktesystem verwenden, bei dem maximal 1.000 Punkte erreicht werden können. Die maximale Punktezahl entspricht der Gesamtgewichtung der vorgenannten Zuschlagskriterien sowie Unterkriterien von 100%. Die nachfolgenden Hinweise für die Bewertung der Angebote, gelten nur für die Angebote, die auf der 3. Stufe der Angebotsprüfung und -wertung in die eigentliche Angebotswertung gelangen.



1.2.1 Hinweise zur Preisbewertung (sowie etwaiger Unterkriterien):

Die Gewichtung des Angebotspreises nach Ziffer 1.1.1 mit 55 % wird mit einer maximalen Punktezahl für die Bewertung des Angebotspreises mit 550 Punkten umgesetzt.

Für die Preisbewertung (ggf. Zwischenwertung/en sowie die Endwertung) wird der Auftraggeber wie folgt vorgehen:

Die maximale Punktezahl erhält das Angebot mit dem jeweils niedrigsten Angebotspreis nach der jeweiligen Wertung (Zwischenwertung oder abschließende Wertung). Angebote, deren Angebotspreis bis zu 100 % über dem niedrigsten Angebotspreis liegt, erhalten linear entsprechend der jeweiligen Preisdifferenz zum preislich niedrigsten Angebotspreis Punkteabzüge. D. h. Angebote, deren Angebotspreis um 100 % oder mehr über dem niedrigsten Angebotspreis liegt, erhalten 0 Punkte.

Sofern für die Bewertung des Angebotspreises Unterkriterien genannt werden, gelten die voranstehenden Hinweis für das jeweilige Unterkriterium entsprechend.

1.2.2 Hinweise für die Bewertung der Unterkriterien des Zuschlagskriteriums „Angebotsbezogene Qualitäts- und Leistungsmerkmale“

Die Bewertung der Unterkriterien erfolgt auf der Grundlage der in Ziffer 2 jeweils mitgeteilten Konzeptinhalte.

Die Gewichtung der jeweiligen Unterkriterien in Prozent wird verhältnismäßig in die Bewertungsmatrix mit 1.000 Punkten umgesetzt. Die Bewertung der jeweiligen Unterkriterien der angebotsbezogenen Qualitäts- und Leistungsmerkmale nach Ziffer 1.1.2 erfolgt jeweils anhand des nachfolgenden Bewertungsmaßstabs:

- | | |
|----------|---|
| 5 Punkte | Der Bieter erfüllt das jeweilige Merkmal vollständig und uneingeschränkt . |
| 4 Punkte | Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal vereinzelt bzw. geringfügige Defizite und Schwächen aufweisen. |
| 3 Punkte | Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal mehrere bzw. nicht lediglich geringe Defizite und Schwächen aufweisen. |
| 2 Punkte | Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal weiterreichende bzw. gewichtige Defizite und Schwächen aufweisen oder: Das Angebot enthält zum jeweiligen Merkmal nur wenige wertungsfähige Aussagen . |
| 1 Punkt | Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal insgesamt bzw. schwerwiegende Defizite und Schwächen aufweisen. |



0 Punkte Punkteabzug, da die Erklärungen und Angaben des Bieters zum jeweiligen Merkmal **in allen Belangen ungenügend bzw. unzureichend** sind, oder: Das Angebot enthält zum jeweiligen Merkmal **keine wertungsfähigen Angaben**.

Die Wertung der Konzeptdarstellungen als Unterkriterien erfolgt für jedes Konzept gesamtheitlich mit der vorliegend dargestellten Bewertungsmethode. Die jeweils aufgeführten Unterpunkte stellen keine Unterkriterien dar, die jeweils gesondert bewertet und gewichtet sind.

Dasjenige Konzept erhält die maximale Punktzahl, das alle jeweils genannten Aspekte vollständig, übersichtlich und auftragsbezogen auf die Vertragsgegenstand in Textform enthält und hierdurch eine nachvollziehbare Darstellung entsteht, aus welcher der Auftraggeber erkennen kann, dass der Bieter die jeweils gestellten Anforderungen im Auftragsfall entsprechend der Anforderungen der Vergabeunterlagen umsetzen wird.

Die Ermittlung des Punkteergebnisses für jedes Unterkriterium erfolgt durch die Verwendung eines Gewichtungsfaktors, mit dem bei einer Bewertung mit 5 Punkten die jeweilige maximale Punktzahl entsprechend der prozentualen Gewichtung des Unterkriteriums erzielt werden kann.

1.2.3 Gesamtergebnis

Das Gesamtergebnis der Bewertung nach der Bewertungsmatrix ergibt sich aus der Summe der für jedes Zuschlagskriterium nach den voranstehenden Hinweisen ermittelten Punktzahl. Das Gesamtergebnis der Bewertung legt den Rang des Angebots fest.

2. Folgende weitere Angaben/Unterlagen sind vom Bieter zusätzlich als separate Anlagen dem Angebot beizufügen (siehe Ziffer 3.2.8 der Angebotsaufforderung):

Hinweis des Auftraggebers:

Nach § 51 Abs. 3 SektVO ist eine Nachforderung von leistungsbezogenen Unterlagen, die die Wirtschaftlichkeitsbewertung der Angebote anhand der Zuschlagskriterien betreffen, ausgeschlossen. Der Auftraggeber rät dringend an, die nachfolgend genannten Konzeptdarstellungen mit dem Angebot abzugeben, um einen Ausschluss des Angebots zu vermeiden.

Folgende weitere Angaben/Unterlagen sind vom Bieter zusätzlich als separate Bestandteile des Angebots nach voranstehender Ziffer 3.1 vorzulegen:

Die nachfolgend gekennzeichneten Konzepte sind unter Berücksichtigung von Anhang 3 des Vertragsentwurfs auftragsbezogen vom Bieter mit dem Angebot vorzulegen:



2.1. ☒ Auftragsbezogenes Organisations- und Ablaufkonzept

Das auftragsbezogene Organisations- und Ablaufkonzept hat in Textform darzustellen, welche organisatorischen Dispositionen vom Bieter im Auftragsfall zur Umsetzung der vorliegend ausgeschrieben Leistung getroffen werden. Die vorzulegende Konzeptdarstellung hat auf folgende Aspekte einzugehen:

2.1.1 Organigramm des Bieters:

Interne Organisation des Bieters in Form eines Organigramms, mit Angabe der Zuständigkeiten, Funktionen, Namen der Mitarbeiter (inkl. Vertretung), bezogen auf die einzelnen Beauftragungsböcke.

2.1.2 Textliche Erläuterung des Organigramms des Bieters:

Beschreibung der Kompetenzen hinsichtlich Qualifikation, Berufserfahrung und fachlichen Verantwortungen, Darstellung von Zusatzqualifikationen in Zusammenhang mit der Sicherheitskoordination gem. RAB 30 (wie z.B.: Umgang mit Kontaminationen, Baustellenlogistik, Facilitymanagement, etc.).

2.1.3 Interne Ablaufplanung zur Sicherstellung einer qualitätsvollen und termingerechten Leistungserbringung:

Darstellung für die Planungsprozesse, Koordinationsaufgaben und zur Schnittstellenbewältigung bei der Konformitätsprüfung der Fachplanerleistungen. Erwartet werden Angaben zu Art und Methodik in der Planungs- und der Ausführungsphase sowie zu Kontrollen und zur Dokumentation.

2.1.4 Konzept für die Planung der Ausführung :

Darstellung des Planungsablaufs bis zum Abschluss der Vorplanung unter Berücksichtigung der internen und externen Planungsleistungen unter Berücksichtigung der folgenden Punkte:

- Koordinierung der Maßnahmen aus den allgemeinen Grundsätzen nach § 4 Arbeitsschutzgesetz bei der Planung der Ausführung.

- Feststellen sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanter Wechselwirkungen zwischen den Arbeiten der einzelnen Gewerke auf der Baustelle und anderen betrieblichen Tätigkeiten oder Einflüssen auf oder in der Nähe der Baustelle.

- Aufzeigen von Möglichkeiten zur Vermeidung von Sicherheits- und Gesundheitsrisiken. - Sicherheits- und Gesundheitsschutzplan ausarbeiten oder ausarbeiten lassen und an den Planungsprozess anpassen, soweit dies erforderlich ist.

- Beraten bei der Planung der Baustelleneinrichtung.

- Gegebenenfalls Erstellen einer Baustellenordnung.

- Beraten bei der Planung bleibender sicherheitstechnischer Einrichtungen für mögliche spätere Arbeiten an der baulichen Anlage und Zusammenstellen der Unterlage mit den erforderlichen Angaben für die sichere und gesundheitsgerechte Durchführung dieser Arbeiten gem. RAB 32



- Hinwirken auf das Berücksichtigen von Leistungen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz in Ausschreibungen, Vergabe- und Bauvertragsunterlagen; gegebenenfalls Mitwirken bei der Prüfung der Angebote und der Vergabe.
- Beraten bei der Terminplanung, insbesondere bei der Abstimmung von Bauausführungszeiten, um Gefahren, die durch ein zeitliches Nebeneinander hervorgerufen werden können, zu vermeiden.
- Mitwirken beim Erstellen der Vorankündigung und deren Übermittlung an die nach Landesrecht zuständige Behörde (z. B. Gewerbeaufsichtsamt oder Amt für Arbeitsschutz).

2.1.6 Örtliche Präsenz:

Organisatorische Vorkehrungen zur Sicherstellung der erforderlichen örtlichen Präsenz, Angaben zum Umfang der Präsenz von Projektarbeitern vor Ort, Angaben zur Verfügbarkeit vor Ort.

- Informationssystem des Koordinators zur Unterrichtung der Arbeitgeber und der Beschäftigten auf der Baustelle •
- Organisation von Sicherheitsbesprechungen und Baustellenbegehungen
- Umgang mit den während der Planung der Ausführung erstellten Plänen und Unterlagen
- Hinwirken auf das Umsetzen der Inhalte von Protokollen, Plänen und Konzepten während der Ausführung

Soweit sich aus Sicht des Bieters in den einzelnen Projektstufen Unterschiede für die vorzulegenden Darstellungen ergeben, sind diese zu benennen.

Der Auftraggeber erwartet eine nachvollziehbare Darstellung zu den vorgenannten Aspekten, die erkennen lässt, dass der Bieter im Auftragsfall die Besonderheiten der ausgeschriebenen Leistung berücksichtigt und durch seine ablaufbezogenen Maßnahmen eine qualitätsvolle und vertragsgerechte Leistungserbringung entsprechend der Vergabeunterlagen sicherstellt.

2.2. ☒ Auftragsbezogene Qualifikation und Erfahrung des Schlüsselpersonals (Personaleinsatzkonzept)

Der Bieter hat mit dem Angebot folgendes Schlüsselpersonal verbindlich zu benennen:

2.3.1 Projektleitung

2.3.2 stellvertretende Projektleitung

Die benannten Ingenieure müssen über eine abgeschlossene



(Fach-)Hochschulausbildung sowie mindestens 5 Jahre Berufserfahrung in vergleichbaren Positionen/Tätigkeiten verfügen.

Folgende Angaben werden erwartet:

- a. Namentlichen Nennung der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter
- b. Angaben über die beruflichen Qualifikationen der benannten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter
- c. Berufliche Werdegänge der benannten Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter
- d. Jeweils die auftragsbezogene Projekterfahrung durch Benennung und Darstellung von personenbezogenen Referenzen mit Angaben zur
 - Aufgabenstellung der/des benannten Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt
 - Funktion der/des benannten Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt
 - Leistungszeitraum der/des benannten Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt
 - Kurzbeschreibung nach Art, Umfang und Zeitraum des Projektes

Das vorzulegende Personaleinsatzkonzept muss inhaltlich und nachvollziehbar auf das auftragsbezogene Organisations- und Ablaufkonzept sowie dem Personaleinsatzplan abgestimmt sein.

Der Auftraggeber erwartet eine nachvollziehbare Darstellung, aus der erkennbar wird, dass der Bieter im Auftragsfall ein Leitungspersonal einsetzen wird, dass vorrangig im Hinblick auf die Qualifikation und die persönliche allgemeine und projektbezogene Erfahrung die größtmögliche Gewähr für eine vertragskonforme Leistungserbringung erbringt.

Name und Anschrift des Bieters*)

Weitere Angaben zum Bieter:

Amtsgerichts*) _____

HR-Nr. *) _____

ID-Steuer-Nr. *) _____

USt.-ID-Nr. *) _____

Bankverbindung des Bieters*):

Bankname*: _____

IBAN*: _____

BIC*: _____

Angabe verbindlicher Email-Adressen:

Email-Adresse 1:

Email-Adresse 2:

Die angegebenen Email-Adressen können vom Auftraggeber jederzeit verwendet werden.

Der Bieter bestätigt insofern, dass eingehende Nachrichten regelmäßig (mind. 2 x werktäglich) abgerufen werden und der Zugang dem Auftraggeber per Email bestätigt wird.

ANGEBOT

An die

- ☒ Flughafen München GmbH
- ☒ Flughafen München GmbH als Vertreterin der
Terminal 2 Gesellschaft mbH & Co oHG

Eckdaten zum Angebot:

Ausschreibungsnummer

2026-1004969

Bezeichnung

Rahmenvertrag SiGeKo-Leistungen
in der Planungs- und Bauphase

Angebotsbindefrist

Termineingabe

Anlagen:

- ☐ Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder Erfüllungsverbots
- ☐ Erklärung der Mitglieder der Bietergemeinschaft
- ☐ Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer
- ☐ Anhang 3_Vergütung
- ☐ Formblatt Verhandlungsangebote
- ☐ Formblatt Schlüsselpersonal
- ☐ Auftragsbezogene Konzepte nach Anlage 1 zur Aufforderung zur Abgabe eines Angebots

☒ = Zutreffendes ist angekreuzt

*) = vom Bieter einzutragen

Stand: 01/2026

1. Hiermit wird die Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen zu dem jeweils angegebenen Honorar angeboten.
2. Diesem Angebot liegen zugrunde
die oben in der Liste der Anlagen auf Seite 1 aufgeführten sowie die im Formblatt „Aufforderung zur Abgabe eines Angebots“ genannten Vergabe- und Vertragsunterlagen, die nach Teil A der Anlagen beim Bieter verbleiben.
3. Ich/Wir erkläre(n), dass ich/wir
 - 3.1 mit einer fälligen Zahlung von Steuern, von Sozialversicherungsbeiträgen oder von Umlagen zur gesetzlichen Unfallversicherung (einschließlich der Vorschüsse hierauf) nicht im Rückstand bin/sind,
 - 3.2 bisher meinen/unseren Verpflichtungen aus dem Gesetz über die Beschäftigung Schwerbehinderter ordnungsgemäß nachgekommen bin/sind. Die Mehrzahl meiner versicherungspflichtigen Arbeitnehmer (ausgenommen Ersatzkassenmitglieder) ist bei der

Bitte Name und genaue Anschrift Krankenkasse angeben

 versichert (bitte genaue Anschrift der Krankenkasse angeben).

 Mein/Unser Betrieb ist bei der

Bitte Name und genaue Anschrift Berufsgenossenschaft angeben

 Bieter, die ihren Sitz nicht in der Bundesrepublik Deutschland haben, gehen die für sie zuständigen Versicherungsträger an.

 Für meinen/unseren Betrieb ist das Arbeitsamt in

Ortsangabe

 zuständig. (Bei Betriebsstätten in Bezirken verschiedener Arbeitsämter ist das Arbeitsamt anzugeben, in dessen Bezirk zurzeit die größte Anzahl von Arbeitnehmern beschäftigt ist),
 - 3.3 In den letzten zwei Jahren nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften (z.B. § 23 AEntG, 21 MiLoG oder Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften, der zu einer Eintragung im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als 3 Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als 2 500 Euro belegt worden bin/sind.
 - 3.4 die gewerberechtlichen Voraussetzungen für die Ausführung der angebotenen Leistung erfülle(n);
 - 3.5 Im Fall der Auftragserteilung, die in meinem/unseren Unternehmen beschäftigten Arbeitnehmer - unbeschadet etwaiger lohn tariflicher Vorgaben - nicht unter den Mindestentgelt-Regelungen des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes bzw. des Mindestlohngesetzes entlohnen werde/n und dem Auftraggeber zur Durchführung von Stichproben Einblick in die Lohnabrechnung gebe/n. Das Einverständnis meiner/unserer von mir/uns eingesetzten Arbeitnehmer zur Vorlage der Lohnabrechnungen und Überprüfung der vorgelegten Lohnabrechnungen werde/n ich/wir einholen.

 Ich/Wir verpflichte/n mich/uns, Unterauftragnehmer/Nachunternehmer nur unter der Voraussetzung zu beauftragen, dass diese/r eine gleich lautende Erklärung mir/uns gegenüber abgibt.
 - 3.6 wegen des Einsatzes von Unterauftragnehmern/Nachunternehmern auf die beiliegende Erklärung „Verzeichnis der Unterauftragnehmer/Nachunternehmer“ verweise(n).

 Mir/uns ist bekannt, dass ich/wir nach Vertragsabschluss mit einer Zustimmung (soweit erforderlich) zur Übertragung von Leistungen an Unterauftragnehmer/Nachunternehmer nicht rechnen kann/können.

4. Ich/Wir gebe(n) folgende Erklärung ab, die im Auftragsfall auch für die Vertragsdurchführung Gültigkeit hat:
- 4.1 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle erforderlichen Maßnahmen zur Vermeidung von Korruption zu ergreifen. Ich/wir stelle(n) insbesondere durch organisatorische Maßnahmen und Belehrungen meiner/unserer Mitarbeiter sicher, dass ich/wir bzw. meine/unsere Mitarbeiter sowohl im Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahren als auch im Auftragsfall in den Geschäftsbeziehungen mit dem Auftraggeber
- a) keine strafbaren Handlungen begehe(n), die unter die §§ 298, 299, 333, 334 StGB fallen,
 - b) keine strafbaren Handlungen zu begehen, die unter die §§ 203, 204 StGB und § 23 GeschGehG fallen,
 - c) Mitarbeitern des Auftraggebers keine Zuwendungen oder andere Vorteile anbieten werde(n) bzw. solche von diesen angenommen werden,
 - d) Dritte nicht zu Handlungen gemäß voranstehenden lit. a) bis c) anstiften bzw. hierzu Beihilfe leisten werde(n).
 - e) Darüber hinaus werde(n) ich/wir bzw. meine/unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Auftragsfall als Sachwalter des Auftraggebers keine Unternehmer- oder Lieferanteninteressen mit Bezug zu einem zwischen beiden geschlossenen Vertrag vertreten.
- 4.2 Ein Verstoß gegen eine der in Ziffer 4.1 genannten Verpflichtungen im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens führt zum sofortigen und zwingenden Ausschluss des Bieters. Im Auftragsfall zahle(n) ich/wir dem Auftraggeber bei Verstoß gegen eine der in Ziffer 4.1 genannten Verpflichtungen nach Auftragserteilung eine Vertragsstrafe in Höhe von 5 % der Auftragssumme (netto).
- 4.3 In den Fällen der Ziffer 4.1 Satz 2 a) bis e) ist der Auftraggeber im Auftragsfall zur außerordentlichen fristlosen Kündigung des Vertrages berechtigt.
- 4.4 Sofern hinsichtlich der Handlungen aus Ziffer 4.1 Satz 2 a) bis e) ein dringender Tatverdacht vorliegt, kann der Auftraggeber den Bieter bzw. Auftragnehmer für mindestens 12 Monate von der Vergabe von Aufträgen ausschließen.
5. Weiterhin gebe(n) ich/wir folgende Erklärung ab, die im Auftragsfall ebenfalls auch für die Vertragsdurchführung Gültigkeit hat:
- 5.1 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle vom Auftraggeber im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der Vertragsdurchführung erlangten Informationen und Unterlagen, in schriftlicher, mündlicher oder anderweitiger Form (insbesondere elektronisch) vertraulich zu behandeln und nur im Rahmen der vorliegenden Zusammenarbeit zu verwenden.
- 5.2 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, über alle im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Vorgänge, Informationen und Akteninhalte gegenüber Dritten Stillschweigen zu bewahren, sie nicht unbefugten Dritten zugänglich zu machen oder sie für eigene über die Beteiligung am Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahren oder im Auftragsfall über die Vertragsdurchführung hinausgehende Zwecke zu nutzen. Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der vertraglichen Beziehungen. Diese Verpflichtung gilt nicht gegenüber denjenigen Personen, die gemäß bekannt gegebener Festlegung des Auftraggebers an der Vertragsdurchführung mitwirken oder mitgewirkt haben.

- 5.3 Ich/Wir verpflichte(n) mich/uns, alle im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der Vertragsdurchführung in seinen Besitz gelangten Unterlagen (Originale sowie Kopien in jeder Form (siehe oben Ziffer 1)) unabhängig vom jeweiligen Ort deren Aufbewahrung unter Verschluss zu halten und keinem unbefugten Dritten zugänglich zu machen.
- 5.4 Ich/Wir werde(n) in meinem/unserem Unternehmen alle erforderlichen organisatorischen Maßnahmen treffen, um die Einhaltung der Vorgaben aus der vorliegenden Vertraulichkeitserklärung sicherzustellen. Ich/wir werde(n) hierbei insbesondere die im Rahmen des Vergabe- bzw. Auswahlverfahrens sowie im Auftragsfall der Vertragsdurchführung eingesetzten Mitarbeiter über die Verpflichtungen aus der vorliegenden Vertraulichkeitserklärung informieren und die Einhaltung dieser Vorgaben kontinuierlich überwachen.
- 5.5 Mir/Uns ist bekannt, dass ein Verstoß gegen die Pflichten aus dieser Erklärung erheblichen Schaden für den Auftraggeber verursachen kann, für welchen eine persönliche Haftung entstehen kann. Darüber hinaus ist mir/uns die Geltung der §§ 298, 299 StGB und der Regelungen des GeschGehG bekannt. Ich/wir werde(n) die mir/uns im geschäftlichen Verkehr anvertrauten Vorlagen oder Vorschriften technischer Art und kaufmännischer Informationen des Auftraggebers, auch auf Datenträgern, nicht zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugt verwerten oder an Dritte weitergeben. Diese Verpflichtung gilt gleichermaßen im Rahmen des Vergabe- oder Auswahlverfahrens wie im Auftragsfall im Rahmen der Vertragsdurchführung.
- 5.6 Ich/Wir werde/n keine Unterauftragnehmer/Nachunternehmer, Lieferanten oder die Eignung leihende Dritte einsetzen, für die Art. 5k Abs. 1 a) – c) der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 zutrifft und auf die mehr als 10% des Auftragswerts entfallen.

6. Erklärungen zum Abgeltungsumfang des Honorarangebots

Für den Abgeltungsumfang des Honorarangebots gemäß Ziffer 4.3 des Schreibens „Aufforderung zur Abgabe eines Angebots“ erkläre/n ich/wir durch Ankreuzen der zutreffenden Erklärung:

- 6.1 ☐ **Kosten für Leistungserbringung im nicht allgemein zugänglichen Bereich des Flughafens:**

Das Honorarangebot berücksichtigt bereits die Kosten für die Sicherheitsüberprüfungen des im Auftragsfall eingesetzten Personals, für Fahrgenehmigungen und Lehrgänge, Sicherheitsbelehrungen, Sicherheitsschulungen etc. berücksichtigen. Ebenfalls eingerechnet ist der für Durchführung der Sicherheitsüberprüfungen des eingesetzten Personals erforderliche Zeitaufwand für Lehrgänge, Sicherheitsbelehrungen, etc. Eine gesonderte Erstattung dieser Kosten wird im Auftragsfall nicht erfolgen

Ebenfalls berücksichtigt ist, dass Sicherheitsüberprüfungen für andere Verkehrsflughäfen die vorliegend erforderliche Überprüfung nicht ersetzen.

- 6.2 ☐ **Leistungszeit:**

Das Honorarangebot ist auf die tatsächliche Dauer der künftigen Leistungszeit abgestellt, sofern im Vertragsentwurf (für die Ausführungsphase) keine abweichende Regelung vorgesehen ist.

- 6.3 ☐ **Abschlagszahlungen**

Das Honorarangebot legt zugrunde, dass im Auftragsfall nach einem fortschreibenden Zahlungsplan Abschlagszahlungen gemäß tatsächlichem Leistungsfortschritt entrichtet werden.

- 6.4 ☐ **Übertragung der urheberrechtlichen Nutzungsrechte**

Das Honorarangebot legt zugrunde, dass mit der im Auftragsfall vereinbarten Vergütung eine Abgeltung der Übertragung der urheberrechtlichen Nutzungsrechte gemäß Vertrag verbunden ist.

7. Ich bin/Wir sind uns bewusst, dass eine wissentlich falsche Erklärung im Angebotsschreiben meinen/unseren Ausschluss von dieser und weiteren Auftragserteilungen zur Folge hat.
8. Ich bin/Wir sind damit einverstanden, dass die Daten des Angebotes zu Auswertungszwecken in einem automatisierten Verfahren verarbeitet werden.
9. Die nachfolgende Namensnennung bzw. Signatur gilt für alle Bestandteile des Angebots gemäß der Liste der Anlagen auf Seite 1.

An mein/unser Angebot halte ich mich/halten wir uns bis zum Ablauf der Angebotsbindefrist gebunden.

Ort, Datum / Namensnennung / Signatur

Ort:

Datum:

Namensnennung des Erklärenden:

Bezeichnung des Bieters:

Wichtiger Hinweis (!):

Ist

- bei einem elektronisch übermittelten Angeboten in Textform der Name der Person, die die Erklärung abgibt, nicht angegeben,
- ein elektronisches Angebot, das signiert werden muss, nicht wie vorgegeben signiert,

wird das Angebot ausgeschlossen.



Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder
Erfüllungsverbots nach Art. 5k der Verordnung (EU) Nr. 833/2014
in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269
des Rates vom 21. Juli 2022

Eigenerklärung zum Nichtvorliegen eines Auftrags- oder Erfüllungsverbots

1. Bezeichnung des Vergabeverfahrens / Auftrags:

2026-1004969 - Rahmenvertrag SiGeKo-Leistungen in der Planungs- und Bauphase

2. Erklärender

2.1 Die vorliegende Eigenerklärung wird abgegeben von:

Name/Bezeichnung: Bezeichnung
(nachfolgend Erklärender)

vertreten durch: Bezeichnung

Kontaktdaten: Adresse
Ort

2.2 Funktion des Erklärenden im Rahmen des in Ziff. 1 bezeichneten Vergabeverfahrens / Auftrags:

- ☐ *) Bereits beauftragter Auftragnehmer / Vertragspartner des Auftraggebers.
☐ *) Bewerber im Rahmen des Teilnahmewettbewerbs.
☐ *) Bieter (bei oder nach Abgabe eines Angebots).

3. Verbindliche Eigenerklärung

Im Rahmen der vorgenannten Funktion werden durch Ankreuzen der zutreffenden Aussagen verbindlich folgende Erklärungen abgegeben, die je nach Funktion für das Vergabeverfahren und / oder den Auftragsfall Geltung haben:

3.1 Kein Auftrags- bzw. Erfüllungsverbot für den Erklärenden

- ☐ Der Erklärende gehört nicht zu den in Artikel 5 k) Absatz 1 der Verordnung (EU) Nr. 833/2014 in der Fassung des Art. 1 Ziff. 15 der Verordnung (EU) 2022/1269 des Rates vom 21. Juli 2022 (nachfolgend Verordnung), genannten Personen, Organisationen oder Einrichtungen.

Der Wortlaut der Vorschrift ist als Anlage beigefügt.



Dem Erklärenden ist bekannt, dass die vorstehend genannte Vorschrift Art. 5k) der Verordnung sowohl die Vergabe öffentlicher Aufträge oder Konzessionen als auch die weitere Erfüllung bereits abgeschlossener Verträge grundsätzlich verbietet. Ausgenommen von dem Verbot der weiteren Vertragserfüllung sind gem. Artikel 5 k) Absatz 4 der Verordnung bis zum 10. Oktober 2022 solche Verträge, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.

3.2 Kein Auftrags- bzw. Erfüllungsverbot durch Beteiligung betroffener Unternehmen

Verboten sind nicht nur Auftragsvergaben an Unternehmen (Personen, Organisationen oder Einrichtungen) iSd Vorschrift, sondern auch eine Beteiligung solcher Unternehmen am Auftrag als Unterauftragnehmer, Lieferanten oder im Zusammenhang mit der Erbringung des Eignungsnachweises (soweit mehr als 10% des Auftragswertes auf betroffene Unternehmen entfallen). Für diese Fälle wird folgendes erklärt:

- ☐ Der Erklärende versichert, dass er im Auftragsfall bzw. im Rahmen der Vertragsdurchführung bei bereits bestehenden Vertragsverhältnissen keine Unterauftragnehmer/Nachunternehmer, Lieferanten oder die Eignung leihende Dritte einsetzt bzw. einsetzen wird, für die Art. 5k Abs. 1 a) – c) der Verordnung zutrifft.
- ☐ Der Erklärende versichert, dass er im Auftragsfall bzw. im Rahmen der Vertragsdurchführung bei bereits bestehenden Vertragsverhältnissen Unterauftragnehmer/Nachunternehmer, Lieferanten oder die Eignung leihende Dritte einsetzt bzw. einsetzen wird, für die Art. 5k Abs. 1 a) bis c) der Verordnung zutrifft, jedoch entfallen nicht mehr als 10% des Auftragswerts auf diese.

3.3 Das Nichtvorliegen eines Auftrags- bzw. Erfüllungsverbots nach Art. 5k der Verordnung weisen wir auf Aufforderung des Auftraggebers gesondert durch entsprechende Unterlagen nach.

4. Vorgaben für Auftrag / Vertrag

4.1 Der Erklärende verpflichtet sich im Rahmen des bestehenden Auftrags bzw. im Auftragsfall die Voraussetzungen zum Nichtvorliegen eines Auftrags- bzw. Erfüllungsverbots nach Art. 5k) der Verordnung nach Ziff. 3 während der Dauer der Geltung dieser Vorgaben aufrecht zu erhalten.

4.2 Der Erklärende wird den Auftraggeber unaufgefordert schnellstmöglich über jede vorgesehene oder eingetretene Änderung seines Unternehmens mindestens in Textform informieren, wenn durch diese Änderung ein Erfüllungsverbot nach Art. 5k) der Verordnung droht oder eintritt.

Gleiches gilt für den Fall, dass ein Erfüllungsverbot nach Art. 5k) der Verordnung durch den Einsatz eines Unterauftragnehmer, Lieferanten oder eignungsleihenden Dritten droht oder eintritt.



- 4.3 Der Erklärende stellt den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern im Rahmen seiner Haftung gegenüber dem Auftraggeber von sämtlichen von Dritten gegenüber dem Auftraggeber geltend gemachten zivilrechtlichen Ansprüchen aus behaupteten Verstößen des Erklärenden gegen die Verpflichtungen nach Ziff. 4.1 und Ziff. 4.2 frei.

Die vorliegende Freistellungsverpflichtung gilt auch für sämtliche Sanktionen, Bußgelder oder sonstige öffentlich-rechtlichen Maßnahmen oder öffentlich-rechtlichen Ansprüche, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts wegen etwaiger Verstöße des Erklärenden gegen die die Verpflichtungen nach Ziff. 4.1 und Ziff. 4.2 geltend gemacht werden.

Von der Freistellungspflicht nach Ziff. 4.3 sind auch sämtliche Kosten umfasst, die im Zusammenhang mit der Rechtsverteidigung anfallen, z.B. Anwalts- und Gerichtskosten.

- 4.4 Für den Fall des Nichteinhaltens der voranstehenden Anforderungen nach Ziff. 4 steht dem Auftraggeber das Recht zu, den Vertrag außerordentlich zu kündigen.
- 4.5 Die Freistellungspflicht nach Ziff. 4.2 und 4.3 behält auch selbständige Gültigkeit, sollte das bestehende Auftragsverhältnis bzw. der im Auftragsfall abgeschlossene Vertrag wegen Vorliegens eines Auftrags- bzw. Erfüllungsverbots nach Art. 5k) der Verordnung nichtig sein oder werden.

5. Abschlusserklärung

Der Erklärende (siehe Ziff. 2) bestätigt mit der nachfolgenden Namensnennung die Richtigkeit der voranstehenden Angaben und die Geltung der in Ziff. 4 enthaltenen Vorgaben für den Auftrag.

Ort:	Namensnennung:
Datum:	Bezeichnung des Unternehmens, für das die Erklärung abgegeben wird:

Artikel 5k der Verordnung (siehe oben) lautet wie folgt:

„(1) Es ist verboten, öffentliche Aufträge oder Konzessionen, die in den Anwendungsbereich der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe sowie unter Artikel 10 Absatz 1, Absatz 3, Absatz 6 Buchstaben a bis e, Absatz 8, Absatz 9 und Absatz 10 und die Artikel 11, 12, 13 und 14 der Richtlinie 2014/23/EU, unter die Artikel 7 Buchstaben a bis d, Artikel 8, Artikel 10 Buchstaben b bis f und h bis j der Richtlinie 2014/24/EU, unter Artikel 18, Artikel 21 Buchstaben b bis e und g bis i, Artikel 29 und Artikel 30 der Richtlinie 2014/25/EU und unter Artikel 13 Buchstaben a bis d, f bis h und j der Richtlinie 2009/81/EG sowie unter Titel VII der Verordnung (EU, Euratom) 2018/1046 fallen, an folgende



Personen, Organisationen oder Einrichtungen zu vergeben bzw. Verträge mit solchen Personen, Organisationen oder Einrichtungen weiterhin zu erfüllen:

- a) russische Staatsangehörige, in Russland ansässige natürliche Personen oder in Russland niedergelassene juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen,
- b) juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, deren Anteile zu über 50 % unmittelbar oder mittelbar von einer der unter Buchstabe a genannten Organisationen gehalten werden, oder
- c) natürliche oder juristische Personen, Organisationen oder Einrichtungen, die im Namen oder auf Anweisung einer der unter Buchstabe a oder b genannten Organisationen handeln,

einschließlich — wenn auf sie mehr als 10 % des Auftragswerts entfällt — , Unterauftragnehmer, Lieferanten oder Unternehmen, deren Kapazitäten im Sinne der Richtlinien über die öffentliche Auftragsvergabe in Anspruch genommen werden.

(2) Abweichend von Absatz 1 können die zuständigen Behörden die Vergabe oder die Fortsetzung der Erfüllung von Verträgen genehmigen, die bestimmt sind für

- a) den Betrieb ziviler nuklearer Kapazitäten, ihre Instandhaltung, ihre Stilllegung, die Entsorgung ihrer radioaktiven Abfälle, ihre Versorgung mit und die Wiederaufbereitung von Brennelementen und die Weiterführung der Planung, des Baus und die Abnahmetests für die Indienststellung ziviler Atomanlagen und ihre Sicherheit sowie die Lieferung von Ausgangsstoffen zur Herstellung medizinischer Radioisotope und ähnlicher medizinischer Anwendungen, kritischer Technologien zur radiologischen Umweltüberwachung sowie für die zivile nukleare Zusammenarbeit, insbesondere im Bereich Forschung und Entwicklung,
- b) die zwischenstaatliche Zusammenarbeit bei Raumfahrtprogrammen,
- c) die Bereitstellung unbedingt notwendiger Güter oder Dienstleistungen, wenn sie ausschließlich oder nur in ausreichender Menge von den in Absatz 1 genannten Personen bereitgestellt werden können,
- d) die Tätigkeit der diplomatischen und konsularischen Vertretungen der Union und der Mitgliedstaaten in Russland, einschließlich Delegationen, Botschaften und Missionen, oder internationaler Organisationen in Russland, die nach dem Völkerrecht Immunität genießen.
- e) soweit nicht nach Artikel 3m oder 3n verboten – den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Erdgas und Erdöl, einschließlich raffinierter Erdölerzeugnisse, sowie von Titan, Aluminium, Kupfer, Nickel, Palladium und Eisenerz aus oder durch Russland in die Union, oder
- f) den Kauf, die Einfuhr oder die Beförderung von Kohle und anderen festen fossilen Brennstoffen, die in Anhang XXII aufgeführt sind, bis 10. August 2022.

(3) Der betreffende Mitgliedstaat unterrichtet die anderen Mitgliedstaaten und die Kommission über jede nach diesem Artikel erteilte Genehmigung innerhalb von zwei Wochen nach deren Erteilung.

(4) Die Verbote gemäß Absatz 1 gelten nicht für die Erfüllung — bis zum 10. Oktober 2022 — von Verträgen, die vor dem 9. April 2022 geschlossen wurden.“



ERKLÄRUNG DER MITGLIEDER DER BIETERGEMEINSCHAFT

1. Wir, die nachstehend aufgeführten Mitglieder der Bietergemeinschaft, erklären, das vorliegende Angebot gemeinschaftlich abzugeben und verpflichten uns, uns im Auftragsfall zu einer Arbeitsgemeinschaft zusammenzuschließen, deren Mitglieder im Auftragsfall für die Vertragserfüllung dem Auftraggeber als Gesamtschuldner haften.
2. Bevollmächtigter Vertreter, der die im nachstehenden Verzeichnis aufgeführten Mitglieder sowohl für die Ausschreibung wie auch im Auftragsfall für die Auftragsdurchführung gegenüber dem Auftraggeber rechtsverbindlich vertritt und berechtigt ist, mit uneingeschränkter Wirkung für jedes Mitglied Zahlungen anzunehmen, ist die Firma:

Name [Firma] und Anschrift des Vertreters der Bietergemeinschaft

Name [Firma] und Anschrift der
Mitglieder der Bietergemeinschaft

Name in Blockbuchstaben

a)

b)

c)

d)

[Auf Anforderung sind Rechtsform und die gesetzlichen Vertreter zu jedem Mitglied der Bietergemeinschaft bekannt zu geben und nachzuweisen.]

Die Bietergemeinschaft hat mit Ihrem Angebot eine Erklärung aller Bieter in Textform abzugeben.

Auf Verlangen des Auftraggebers ist eine von allen Mitgliedern fortgeschrittene oder qualifiziert signierte Erklärung abzugeben.



Verzeichnis der Unterauftrag-/Nachunternehmer:

Die Beauftragung folgender Unterauftrag-/Nachunternehmer ist beabsichtigt:

Teil 1: Verzeichnis der Unterauftrag-/Nachunternehmer zu Leistungen, auf die der Betrieb des Bieters eingerichtet ist

Name [Firma] und Geschäftssitz:

Art und Umfang der Leistung
[evtl. Teilbereich des LV's]

a)

b)

c)

Teil 2: Verzeichnis der Unterauftrag-/Nachunternehmer zu Leistungen, auf die der Betrieb des Bieters **nicht** eingerichtet ist.

Name [Firma] und Geschäftssitz:

Art und Umfang der Leistung
[evtl. Teilbereich des LV's]

a)

b)

c)

Angaben zur Person

Namentliche Nennung der Person

Ausbildung (Mindestanforderung)

Wurde eine **(Fach-)Hochschulausbildung** abgeschlossen?

Falls ja: Welche (Fach-)Hochschulausbildung liegt vor?

Berufserfahrung (Mindestanforderung)

Sind **mindestens 5 Jahre der Berufserfahrung** in vergleichbaren Positionen/Tätigkeiten erfüllt worden?

Falls ja: In welchen Projekten wurde diese Berufserfahrung erworben?

REF 1

REF 2

REF 3

REF 4

Ggf. Benennung weiterer personenbezogenen Referenzen:

REF5

REF 6

Ergänzende Darstellungen zu den Referenzen können beigefügt werden.

Projektleitung Rahmenvertrag SiGeK

Name der Person:

Name der Fachhochschule:

Name des Studiengangs:

ggf. weitere Qualifikationen

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Aufgabenstellung der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Formblatt "Schlüsselpersonal"

Aufgabenstellung der/des benannten
Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Aufgabenstellung der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Aufgabenstellung der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Aufgabenstellung der/des benannten
Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Aufgabenstellung der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Weitere Erfahrung in vergleichbaren
Positionen/Tätigkeiten:

Grau hinterlegte Felder sind auszufüllen:

--

--

ste

Angaben zur Person

Namentliche Nennung der Person

Ausbildung (Mindestanforderung)

Wurde eine (Fach-)Hochschulausbildung abgeschlossen?

Falls ja: Welche (Fach-)Hochschulausbildung liegt vor?

Berufserfahrung (Mindestanforderung)

Sind mindestens 5 Jahre der Berufserfahrung in vergleichbaren Positionen/Tätigkeiten erfüllt worden?

Falls ja: In welchen Projekten wurde diese Berufserfahrung erworben?

REF 1

REF 2

REF 3

REF 4

Ggf. Benennung weiterer personenbezogenen Referenzen:

REF5

REF 6

Ergänzende Darstellungen zu den Referenzen können beigelegt werden.

Ilvertrende Projektleitung Rahmenvertra

Name der Person:

Name der Fachhochschule:

Name des Studiengangs:

ggf. weitere Qualifikationen

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Aufgabenstellung der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Formblatt "Schlüsselpersonal"

Aufgabenstellung der/des benannten
Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Aufgabenstellung der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Aufgabenstellung der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Formblatt "Schlüsselpersonal"

Aufgabenstellung der/des benannten
Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Name des Arbeitgebers:

Name des Projekts/der Tätigkeit:

Zeitraum des Projekts/der Tätigkeit:

Leistungszeitraum der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Umfang des Projekts/der Tätigkeit (inkl.

Leistungsphasen):

Funktion der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Aufgabenstellung der/des benannten

Mitarbeiterin/Mitarbeiters im jeweiligen Projekt/der
Tätigkeit:

Weitere Erfahrung in vergleichbaren

Positionen/Tätigkeiten:

g SiGeKo

Grau hinterlegte Felder sind auszufüllen:

--

--

Formblatt Verhandlungsangebote zu den Vertragsbedingungen

Nr.	Wortlaut der Vertragsbedingungen	Vorschlag für Änderung des Wortlauts:	Erläuterung des Bieters
1.			
2.			
3.			
4.			
5.			

PLANER-RAHMENVERTRAG
Vertrags-Nr. 2026-1004969

Zwischen der

- ☐ Flughafen München GmbH, Nordallee 25, 85356 München-Flughafen
- ☐ Terminal 2 Gesellschaft mbH & Co oHG, Postfach 23 17 55, 85326 München-Flughafen

- nachstehend Auftraggeber oder AG genannt -

und

Adresse
Adresse
Adresse

- Nachstehend Auftragnehmer oder AN genannt

wird der

Rahmenvertrag

für

SiGeKo Leistungen in der Planungs- und Ausführungsphase eines Bauvorhabens

geschlossen:

§ 1 **Gegenstand des Rahmenvertrages**

Gegenstand dieses Rahmenvertrages ist die Erbringung von Koordinationsleistungen des Arbeitssicherheits- und Gesundheitsschutze gemäß Baustellenverordnung (Si-geko) für Projekte am Flughafen München

§ 2 **Grundlagen des Rahmenvertrages**

2.1 Bestandteile des Rahmenvertrages

Die nachstehend aufgeführten und dem Vertrag beigelegten **Anhänge 1 - 5** sind Bestandteile dieses Vertrages:

Anhang 1: Vom AN zu bearbeitende Bauwerke / Anlagen u. Leistungsabgrenzung zu anderen Bauwerken

Anhang 2: Beschreibung der zu erbringenden Leistungen des AN

Anhang 3: Vergütung der Leistungen des AN

Anhang 4: Vordruck für Abrufaufträge

Anhang 5: Besondere Vertragsbedingungen für die „Einhaltung der Bestimmungen des Mindestlohn- und Arbeitnehmerentsendegesetzes“

2.2 Vertragsgrundlagen

Es gelten ausschließlich die oben genannten Vertragsgrundlagen. Vertragsbedingungen und Angebotsinhalte des AN werden kein Vertragsbestandteil, soweit dies im vorliegenden Vertrag und seinen Anhängen nicht ausdrücklich festgelegt ist. Die Inhalte etwaiger Konzepte des AN aus dem Vergabeverfahren werden nicht Vertragsbestandteil, sofern diese mit den Ausschreibungsbestimmungen oder mit den Bestimmungen dieses Vertrages in Widerspruch stehen und hierdurch Rechte des AG nach diesem Vertrag beeinträchtigt werden können.

2.3 Unterlagen zur Leistungserbringung

Der AN hat seinen Leistungen die vom AG zur Verfügung gestellten Unterlagen in ihrem jeweils neuesten Stand zugrunde zu legen. Der AG wird den AN von etwaigen Neufassungen dieser Unterlagen, - sowie sie für ihn verfügbar sind, unterrichten und ggf. gemäß § 4.3 bereitstellen.

Der AN hat alle einschlägigen öffentlich-rechtlichen und fachlichen sowie sonstigen einschlägigen Bestimmungen und Richtlinien in ihrer jeweils geltenden Fassung zu beachten. Die dazugehörigen Leistungspflichten des AN sind in § 5.1 festgelegt.

2.4 Hinweispflicht des AN

Hat der AN gegen die Anwendung der in § 2.3 aufgeführten Unterlagen oder der einzuhaltenden Bestimmungen und Richtlinien Bedenken oder stellt er Lücken, Unklarheiten, Überschneidungen oder Widersprüche fest, wird der AN den AG unverzüglich hierauf hinweisen. Der AG wird in solchen Fällen eine verbindliche Entscheidung treffen, wobei der AN dem AG unverzüglich, ggf. mit Hinweisen gemäß Satz 1, geeignete Vorschläge zur Lösung zu unterbreiten hat.

2.5 Prüfungspflicht des Auftragnehmers

Angaben und Festlegungen in den in § 2.2 und § 2.3 aufgeführten Unterlagen entbinden den AN nicht von seiner Verpflichtung zur selbständigen Prüfung und von seiner Verantwortung für die Richtigkeit und Vollständigkeit der von ihm geschuldeten Leistungen. Soweit sich der AN aufgrund fehlender eigener Fachkunde zu einer entsprechenden Prüfung hierzu außerstande sieht, hat er dies dem AG rechtzeitig mitzuteilen und geeignete Lösungsvorschläge zu unterbreiten.

2.6 Widersprüche/Unklarheiten/Lücken

Bei etwaigen Lücken, Unklarheiten, Überschneidungen oder Widersprüchen legt der AG im Benehmen mit dem AN fest, welche Regelung gilt. Ändert sich hierdurch der Leistungsumfang des AN, so gelten für etwaige Vergütungsfolgen hieraus § 3.2 und § 3.3 sinngemäß.

§ 3 Leistungen des AN

3.1 Der Leistungsumfang des AN ergibt sich aus den Bestimmungen dieses Vertrages in Verbindung mit dem Anhang 1, 2 und 4.

3.2 Leistungsumfang

Der AN steht dem AG mit seinen Planungsleistungen in dem vom AG jeweils im einzelnen Leistungsabruf definierten Umfang zur Erreichung des Vertragszweckes zur Verfügung. Er wird seine Leistungen jedenfalls in einem solchem Umfang und in einer solchen Qualität erbringen, wie dies zu einer ordnungsgemäßen Bearbeitung notwendig ist, auch wenn dies im Einzelfall in den Vertragsgrundlagen nicht ausdrücklich beschrieben sein sollte.

3.3 Leistungsumfang nach Abrufsystem

3.3.1. Der AN erbringt – einen jeweils vorausgehenden schriftlichen Leistungsabruf durch den AG vorausgesetzt – SiGeKleistungen nach Maßgabe des § 1 i.V.m. **Anhang 1 und 2.**

Müssen in einzelnen Leistungsbereichen noch nicht abgerufene Leistungsphasen zeitlich früher erbracht werden als im Rahmen der beauftragten Leistungsphasen vorgesehen, so hat der AN hierauf rechtzeitig schriftlich hinzuweisen.

Erfolgt kein Widerspruch des AG und findet gleichwohl kein späterer Abruf der nächstfolgenden Leistungsphase statt, so hat der AN Anspruch auf Erstattung der nachgewiesenen Kosten für die erbrachten und verwendeten vorgezogenen Leistungen; darüber hinausgehende Ansprüche sind ausgeschlossen.

3.3.2 Der AN hat keinen Anspruch auf Erteilung von Abrufaufträgen. Aus einer nur teilweisen oder stufenweisen Beauftragung oder aus der Nichtbeauftragung von Leistungen kann der AN keine Ansprüche herleiten. Sofern die Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistung nicht in einem Zug erfolgt oder erfolgen kann, besteht kein Anspruch auf die Erstattung der hierdurch erhöhten Aufwendungen sofern der Zeitabstand innerhalb dessen der AN auf Veranlassung des AG keinerlei gleichwertige Tätigkeit für das Projekt erbringt, pro einzelner Unterbrechung nicht 12 Monate übersteigt.

3.3.3 Bei einem Abruf weiterer Leistungsphasen kann der AG den Leistungsumfang aus **Anhang 2** einseitig nach freiem Ermessen verändern. Eine etwaige hieraus gebotene Anpassung des Honorars hat unter Berücksichtigung der Mehr- und Minderkosten des AN auf der Grundlage der Honorarfestlegungen nach **Anhang 3** zu erfolgen.

3.3.4 Verfahren zur Erteilung eines Einzelauftrags

Der AG wird den AN beauftragen, der in der Lage ist, die erforderlichen und gemäß Einzelauftrag zu beauftragenden Leistungen inhaltlich und innerhalb der vorgegebenen Termine zu erbringen. Die Beauftragungsreihenfolge bestimmt sich nach dem Ergebnis des Vergabeverfahrens zum Abschluss des Rahmenvertrags.

Verfahren zur Erteilung von Einzelaufträgen:

Der Auftraggeber wird die Anfragen zum Abruf / zur Beauftragung eines Einzelauftrags unabhängig vom geschätzten Auftragswert abwechselnd an die beiden AN richten. Maßgeblich ist der Zeitpunkt, zu dem die Entscheidung über die Bedarfsdeckung beim AG getroffen wird. Hierbei wird die erstmalige Abfrage beim Erstplatzierten aus dem Vergabeverfahren zum Abschluss des Rahmenvertrags erfolgen. Ist dieser in der Lage, die Leistung termingerecht zu erbringen, erfolgt die Beauftragung des Einzelauftrages bei ihm. Sieht sich der angefragte AN nicht in der Lage, die Leistung zu erbringen, erfolgt die Anfrage beim anderen AN. Die nächste Bedarfsdeckung wird erstmalig beim Zweitplatzierten angefragt. Die o.g. Verfahrensweise gilt entsprechend.

Eine (Ersatz-)Anfrage wird im grundsätzlich alternierenden System der Abrufanfragen nicht berücksichtigt.

3.3.5 Vergütung der Einzelaufträge

Für die in einem Einzelauftrag zu erbringenden Leistungen wird die Vergütung für die Planung. Und die Ausführungsphase jeweils über eine Pauschale erfolgen. Grundlage für die Pauschale ist die Komplexität der Maßnahme und der prognostizierte Zeitaufwand des AN.

Bei der Anfrage zur Erbringung von Leistungen nach § 3.3.4 wird der AG das Projekt beschreiben und den vorgesehenen Zeitraum der Ausführungsphase benennen. Der AN wird auf dieser Grundlage eine Honorarpauschale jeweils für die Planungs- und die Ausführungsphase unterbreiten.

Über die Höhe der Honorarpauschalen soll eine zeitnahe Einigung erfolgen.

Bis zu einer Einigung über die Höhe der Honorarpauschalen erfolgt die Vergütung von nachweislich erbrachten Leistungen nach dem nachgewiesenen Zeitaufwand mit den festgelegten Stunden- und Tagessätzen.

3.3.6 Höchstmenge

Die Höchstmengen aus Einzelaufträgen aus dem vorliegenden Rahmenvertrag über die vorgenannte Gesamtlaufzeit (Erstvertragslaufzeit inkl. etwaiger Verlängerungsoption) wird begrenzt auf:

2.500.000 EUR/netto.

Die benannten Höchstmengen gelten insgesamt für alle Abrufe/Einzelaufträge beider Auftraggeber bei allen Rahmenvertragsauftragnehmern und nicht für einen Rahmenvertragsauftragnehmer. Ab Erreichen der vorgenannten Höchstmenge ist der AN nicht verpflichtet, Einzelaufträge anzunehmen und die Leistung zu erbringen.

3.4 Anforderungen an einen Leistungsabruf im Abrufsystem

Mit dem jeweiligen Leistungsabruf werden die genaue Aufgabenstellung und die Ergebnisse beschrieben. Die Beschreibung hat in einer Form zu erfolgen, die es dem AG ermöglicht, in einfacher Weise den Stand der Bearbeitung und die Ergebnisse zu kontrollieren. Es ist auch anzugeben, welcher Aufwand veranschlagt wird und wann der Auftrag ausgeführt wird. Im Anhang 4 ist ein entsprechender Vordruck für Abrufaufträge enthalten, der zu verwenden ist.

Dem AG bleibt es vorbehalten, auch durch einseitige, rechtzeitige Erklärung gegenüber dem AN die Leistung abzurufen, sofern die Auftragsobergrenze nicht erreicht ist oder durch die Leistung überschritten wird.

3.5 Umfang/Qualität der Leistungen

Der AN wird seine Leistungen in einem solchen Umfang und in einer solchen Qualität erbringen, wie dies zu einer ordnungsgemäßen Bearbeitung in den einzelnen Leistungsphasen notwendig ist, auch wenn dies im Einzelfall in **Anhang 2** nicht ausdrücklich beschrieben sein sollte. Dies schließt insbesondere das zeitliche Vorziehen einzelner Leistungen ein, falls dies zur Sicherstellung einer termingerechten Vorbereitung und Durchführung des Projekts notwendig sein sollte. Das gleiche gilt, wenn Leistungen geändert, erweitert oder völlig neu erbracht werden.

3.6 Leistungsänderungen oder Zusatzleistungen

3.6.1 Anordnungsrechte des Auftraggebers

- a. Der AG hat das Recht, Änderungen des vereinbarten Werkerfolges sowie Änderungen zur Erreichung des vereinbarten Werkerfolges nach Maßgabe von § 3.6.2 bis § 3.6.4 anzuordnen.
- b. Der AG hat darüber hinaus das Recht, Änderungen nach Maßgabe von §§ 3.6.2 bis § 3.6.4 anzuordnen, wenn diese zwar nicht notwendig, aber zweckmäßig sind, um den Werk-erfolg herbeizuführen.
- c. Der AN hat sämtliche vorgenannten Anordnungen umzusetzen, es sei denn die Ausführung der angeordneten Änderungen ist für ihn unzumutbar. Macht der AN betriebsinterne Vorgänge für die Unzumutbarkeit einer Anordnung geltend, trifft ihn die Beweislast hierfür.
- d. Diese Änderungen oder Zusatzleistungen sowie solche, die nicht vom AG veranlasst worden sind, sondern aus sonstigen Gründen notwendig werden, sind im Rahmen des Erfüllungsanspruchs des AG ein Teil der vom AN zu erbringenden Vertragsleistung. Hierzu rechnet auch das Berücksichtigen etwaiger Ergebnisse oder Auflagen aus öffentlich-rechtlichen Genehmigungs-verfahren, insbesondere dem Planfeststellungsverfahren samt etwaiger Verfahren zu Planfeststellungsänderungsanträgen.

3.6.2 Nachtragsangebot

Begehrt der AG eine Änderung nach § 3.6.1, so hat der AN unverzüglich dem AG ein Angebot über die Mehr- oder Mindervergütung zu unterbreiten, es sei denn, die Erstellung des Angebots oder die Ausführung der Änderung ist für ihn unzumutbar.

3.6.3 AG und AN streben Einvernehmen über die Änderung und die infolge der Änderung zu leistende Mehr- oder Mindervergütung an. Erzielen AG und AN innerhalb einer angemessenen Frist (längstens 30 Tage) nach Zugang des Änderungsbegehrens beim Auftragnehmer kein Einvernehmen, kann der AG die Änderung einseitig anordnen.

3.6.4 Abweichend von § 3.6.3 hat der AG das Recht, vor Ablauf der angemessenen Frist, eine Änderung einseitig anzuordnen, die der AN unverzüglich umzusetzen hat, wenn unter Berücksichtigung der berechtigten Interessen des AN, das Interesse des AG an einer unmittelbaren und einseitigen Anordnung überwiegt. Dies ist insbesondere der Fall, wenn einer der nachfolgend aufgeführten Fälle vorliegt:

- Gefahr im Verzug, sofern die Ursachen hierfür nicht durch den AG gesetzt wurden;
- Der AN verzichtet im Einzelfall gegenüber dem Auftraggeber auf Verhandlungen nach § 3.6.3;

- Es liegt eine Änderung im Bagatellbereich vor, die bemessen am Gesamtauftragswert unwesentlich ist und für die die Vergütung ohne großen Aufwand feststellbar ist;
- Nach den Umständen im Einzelfall ist davon auszugehen, dass eine Einigung über die auszuführende Leistung und deren Vergütung innerhalb der Frist nach § 3.6.3 (längstens 30 Tage) nicht zustande kommen wird;
- Die Verhandlungen nach § 3.6.3 sind endgültig gescheitert.

3.6.5 Sind aufgrund von Anordnungen des AG zusätzliche oder geänderte Leistungen zu erbringen, oder müssen Leistungen ganz oder teilweise wiederholen werden, die über das zur ordnungsgemäßen und vollständigen Erbringung der vertraglichen Leistungen angemessene Maß hinausgehen, so liegt eine besonders zu vergütende Vertragsleistung vor, für welche die Vergütungsregelungen aus § 8 gelten. Tritt durch die vorgenannten Gegebenheiten eine Vereinfachung oder Erleichterung der Leistungserbringung für den AN ein, so hat der AG entsprechend voranstehender Festlegungen einen Anspruch auf angemessene Verringerung des Honoraranspruches des AN.

§ 4 Leistungen des AG

- 4.1 Der AG wird dem AN die zur Leistungserbringung notwendigen Angaben und Unterlagen zur Verfügung stellen.
- 4.2 Der AG benennt gegenüber dem AN einen verantwortlichen Projektleiter samt Stellvertreter. In Bezug auf den vorliegenden Auftrag darf der AN nur Anordnungen und Weisungen der vertretungsberechtigten Organe des AG sowie des benannten Projektleiters befolgen.
- 4.3 Der AG wird die in § 2.2 aufgeführten Unterlagen bereitstellen, und zwar in dem Umfang, wie es für die Leistungserbringung erforderlich ist und soweit sie dem AG selbst zur Verfügung stehen oder stehen werden.

§ 5 Allgemeine Pflichten des AN

5.1 Regeln der Technik

Die Leistungen des AN müssen den allgemein anerkannten Regeln der Technik unter Berücksichtigung des Standes der Technik sowie den einschlägigen öffentlich-rechtlichen und sonstigen einschlägigen Bestimmungen und Richtlinien in ihrer jeweils geltenden Fassung entsprechen; soweit Neubearbeitungen oder Überarbeitungen anstehen, sind diese zu berücksichtigen, wobei eine Hinweispflicht des AN gegenüber dem AG besteht, um diesem die Gelegenheit zu einer Entscheidung zu geben.

Wenn durch nachträgliche, für den AN nicht vorhersehbare Änderungen der vorgenannten Bestimmungen wesentliche Leistungsänderungen vorzunehmen sind, ist über eine Honoraranpassung, die einen angemessenen Ausgleich für den Mehr- oder Minderaufwand des AN bilden soll, zwischen AN und AG eine Einigung herbeizuführen.

5.2 Abstimmung zwischen AG und AN

Der AN wird seine Leistung regelmäßig und kontinuierlich in inhaltlich sowie terminlich enger Abstimmung mit dem AG erbringen. Der AN wird hierbei seine jeweils bereits erzielten Arbeitsergebnisse sowie seinen sich hieraus ergebenden weiteren Arbeitsplan erläutern. Hieraus entstehende Anforderungen des AG wird der AN befolgen, insbesondere für veränderte, ergänzende oder vertiefende Untersuchungen und Bearbeitungen.

5.3 Auskunfts- und Informationserteilung

Im Rahmen der Auftragsabwicklung hat der AN dem AG nach Aufforderung jederzeit Auskunft zu erteilen, Einsicht in die entsprechenden Arbeitsunterlagen zu gewähren und / oder diese auf Verlangen vorzulegen. Der AN hat den AG unverzüglich von auftretenden Problemstellungen sowie Umständen und Tatsachen, die für die Beurteilung der Projektentwicklung wesentlich sind oder sein können, zu unterrichten.

5.4 Persönliche Leistungserbringung

Der AN hat die Vertragsleistungen in eigener Person bzw. mit den Mitarbeitern seines eigenen Büros zu erbringen. Die Hinzuziehung Dritter ist nur mit vorheriger schriftlicher Zustimmung des AG gestattet. Gleiches gilt für die Erbringung von Eigenleistung statt eines vom AG genehmigten Subunternehmerersatzes.

5.5 Projektleitung des AN

Der AN benennt verbindlich folgendes Leitungspersonal:

Projektleitung: Name

Stellvertretende Projektleitung: Name.

Diese ist/sind weder einzeln noch gemeinschaftlich Vertreter des AN. Im Rahmen der Kooperation und Koordination mit dem AG sind sie für diesen Empfangsboten des AN.

Das Leitungspersonal ist vorrangig für die Leistungserbringung einzusetzen.

Die Projektleitung oder die stellvertretende Projektleitung nimmt an allen Besprechungen des AN mit dem AG, mit den Fachlich Beteiligten und sonstigen Dritten teil, soweit diese Besprechungen den Aufgabenbereich des AN berühren. Sie vermittelt die dabei erhaltenen Informationen intern an die zuständigen Stellen oder sorgt dafür, dass diese mit ihm zusammen an den jeweiligen Gesprächen teilnehmen.

Der AN verpflichtet sich, dass das Leitungspersonal über eine positive Sicherheitsüberprüfung verfügt und wird für das Leitungspersonal während der Dauer der Leistungserbringung den Zutritt zum Sicherheitsbereich für die Leistungserbringung (roter Flughafenausweis) sicherstellen.

Scheidet Leitungspersonal aus, ist dem AG unverzüglich Mitteilung zu machen, sobald sich das Ausscheiden abzeichnet oder verfestigt. Der AN wird dem AG in diesem Fällen bereits mit dieser Mitteilung Vorschläge für Ersatzpersonal unterbreiten, das hinsichtlich Qualifikation und Erfahrung mit dem zu ersetzenden Leitungspersonal zumindest gleichwertig ist. Die entsprechende Qualifikation und Erfahrung sind mit der voranstehenden Mitteilung nachzuweisen. Des Weiteren ist dem AG ein Übergabekonzept zu unterbreiten, in dem detailliert dargestellt ist, in welcher Form die Informations- und Tätigkeitsübergabe sichergestellt wird und in welcher Form diese dokumentiert wird. Die im Rahmen des Vergabeverfahrens oder der Auftragsvergabe vom AG ggf. definierten (Mindest-)Vorgaben für das dort benannte Leitungspersonal sind in jedem Fall einzuhalten.

Eine Ablösung bzw. Neubestellung von Leitungspersonal ist nur mit vorheriger schriftlicher Einwilligung des AG oder auf dessen begründetes Verlangen möglich. Die Einwilligung des AG darf nicht ohne wichtigen Grund verweigert werden. Ein wichtiger Grund für die Verweigerung der Einwilligung liegt insbesondere vor, wenn die Qualifikation oder Erfahrung des ersetzenden Leitungspersonals nicht mit der Qualifikation oder der Erfahrung des zu ersetzenden Leitungspersonals gleichwertig ist oder vom AN nicht ausreichend nachgewiesen wurde.

Der AN verpflichtet sich, dass auch das Ersatzpersonal über eine positive Sicherheitsüberprüfung verfügt und wird für das Leitungspersonal während der Dauer der Leistungserbringung den Zutritt zum Sicherheitsbereich für die Leistungserbringung (roter Flughafenausweis) sicherstellen.

5.6 Arbeitsunterlagen, -ergebnisse

- 5.6.1 Der AN ist verpflichtet, dem AG auf Verlangen jederzeit Kopien - im Regelfall drei - seiner jeweiligen Arbeitsunterlagen zu liefern. Soweit sich diese auf Datenträger befinden, sind Kopien auf Speichermedien herauszugeben, die vom Auftraggeber im Rahmen des zwischen AG und AN vereinbarten Datenaustauschsystems verarbeitet werden können. Soweit im Leistungsumfang gem. **Anhang 2** keine besondere Einzelfestlegung getroffen ist, wird der AN die gefertigten oder beschafften Ergebnisunterlagen dem AG in der von diesem geforderten Anzahl (samt Kopien) übergeben; diese Unterlagen gehen mit Übergabe in das Eigentum des AG über. Zurückbehaltungsrechte an diesen Unterlagen sind - soweit gesetzlich zulässig - ausgeschlossen. Dies gilt auch, wenn das Vertragsverhältnis - gleichgültig aus welchem Grunde - vorzeitig endet.

Nachträglich geforderte zusätzliche Unterlagen hat der AN in der gewünschten Art und Anzahl, ggf. auch auf Datenträger, zu liefern; der hierdurch entstehende Aufwand wird auf Nachweis erstattet.

- 5.6.2 Der AN ist auf Anfordern des AG verpflichtet, anderen Projektbeteiligten notwendige Unterlagen und Angaben so rechtzeitig zu liefern, dass diese ihre Leistungen ordnungsgemäß erbringen können; im Übrigen darf der AN Dritten ohne Einwilligung des AG keine Unterlagen aushändigen und keine Auskünfte geben, die sich auf das Projekt beziehen; auf § 5.8 wird verwiesen.

5.7 Öffentlichkeitsarbeit

Der AN unterstützt den AG auf Verlangen durch Zuarbeit bei seiner Öffentlichkeitsarbeit. Gegenüber Dritten und insbesondere den Medien darf sich der AN nur nach ausdrücklicher Zustimmung des AG äußern.

5.8 Vertraulichkeitsschutz

5.8.1 Der AN hat über seine Leistungen und die ihm bei Vertragserfüllung bekannt gewordenen Vorgänge Dritten gegenüber Stillschweigen zu bewahren, soweit die Dinge nicht allgemein bekannt sind oder kein Interesse an Vertraulichkeit besteht. Die Verschwiegenheitspflicht gilt auch nach Beendigung des Vertragsverhältnisses.

5.8.2 Der AN beteiligt sich am in den Vergabe- bzw. Ausschreibungsunterlagen bezeichneten Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahren des Auftraggebers und gibt mit seinem Angebot folgende Erklärung ab, die im Auftragsfall auch für die Vertragsdurchführung Gültigkeit hat

- a. Der Bieter verpflichtet sich, alle vom Auftraggeber im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der Vertragsdurchführung erlangten Informationen und Unterlagen, in schriftlicher, mündlicher oder anderweitiger Form (insbesondere elektronisch) vertraulich zu behandeln und nur im Rahmen der vorliegenden Zusammenarbeit zu verwenden.
- b. Der Bieter verpflichtet sich, über alle im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der Vertragsdurchführung in Zusammenhang stehenden Vorgänge, Informationen und Akteninhalte gegenüber Dritten Stillschweigen zu bewahren, sie nicht unbefugten Dritten zugänglich zu machen oder sie für eigene über die Beteiligung am Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahren oder im Auftragsfall über die Vertragsdurchführung hinausgehende Zwecke zu nutzen. Diese Verpflichtung gilt auch nach Beendigung des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der vertraglichen Beziehungen. Diese Verpflichtung gilt nicht gegenüber denjenigen Personen, die gemäß bekannt gegebener Festlegung des Auftraggebers an der Vertragsdurchführung mitwirken oder mitgewirkt haben.
- c. Der Bieter verpflichtet sich, alle im Rahmen des Vergabe- bzw. Ausschreibungsverfahrens und im Auftragsfall der Vertragsdurchführung in seinen Besitz gelangten Unterlagen (Originale sowie Kopien in jeder Form (siehe oben Ziffer a)) unabhängig vom jeweiligen Ort deren Aufbewahrung unter Verschluss zu halten und keinem unbefugten Dritten zugänglich zu machen.
- d. Der Bieter wird in seinem Unternehmen alle erforderlichen organisatorischen Maßnahmen treffen, um die Einhaltung der Vorgaben aus der vorliegenden Vertraulichkeitserklärung sicherzustellen. Er wird hierbei insbesondere die im Rahmen des Vergabe- bzw. Auswahlverfahrens sowie im Auftragsfall der Vertragsdurchführung eingesetzten Mitarbeiter über die Verpflichtungen aus der vorliegenden Vertraulichkeitserklärung informieren und die Einhaltung dieser Vorgaben kontinuierlich überwachen.

- e. Dem Bieter ist bekannt, dass ein Verstoß gegen die Pflichten aus dieser Erklärung erheblichen Schaden für den Auftraggeber verursachen kann, für welchen eine persönliche Haftung entstehen kann. Darüber hinaus ist dem Bieter die Geltung der §§ 298, 299 StGB und der §§ 17, 18 UWG bekannt. Der Bieter wird über § 18 UWG hinaus die dem Bieter im geschäftlichen Verkehr anvertrauten Vorlagen oder Vorschriften technischer Art und kaufmännischer Informationen des Auftraggebers, auch auf Datenträgern, nicht zu Zwecken des Wettbewerbs oder aus Eigennutz unbefugt verwerten oder an Dritte weitervergeben. Diese Verpflichtung gilt gleichermaßen im Rahmen des Vergabe- oder Auswahlverfahrens wie im Auftragsfall im Rahmen der Vertragsdurchführung.

§ 6 Vertragsdauer/Termine

- 6.1 Der Planer-Rahmenvertrag wird für die Zeit vom 01.09.2026 bis zum 31.08.2031 geschlossen.
- 6.2 Der Auftraggeber hat das Recht, die Laufzeit des Planer-Rahmenvertrages einmalig um zwei Jahre zu verlängern. Er wird dies dem AN spätestens bis einen Monat vor Vertragsablauf mitteilen. Soweit der AG von seinem Optionsrecht keine Gebrauch macht, kann der AN hieraus keine Rechte ableiten. Die Fertigstellungstermine für die einzelnen Leistungsabrufe bleiben hiervon unberührt.
- 6.3 Der AN wird die Leistungen entsprechend den festgelegten Fälligkeitsterminen erbringen. Die vorgesehenen Termine sind jeweils in den Leistungsabrufaufträgen gem. **Anhang 4** aufgeführt. Der Terminplan kann vom AG aktualisiert werden. Der jeweilige Terminplan wird mit schriftlicher Genehmigung des AG rechtsverbindlich und Grundlage für die Beurteilung der Rechtzeitigkeit der Leistungen des AN.
- 6.4 Von drohenden oder eintretenden Leistungsverzögerungen hat der AN den AG unverzüglich und schriftlich zu unterrichten.

§ 7 Gebot der Wirtschaftlichkeit

Der AN ist in besonderem Maß verpflichtet, seine Leistungen unter dem Gebot der Wirtschaftlichkeit zu erbringen. Eines der für ihn verbindlichen Ziele ist deshalb vor allem die Verwirklichung einer Lösung, welche die Erfüllbarkeit der vom AG vorgegebenen Kostenvorgaben ermöglicht. Soweit sich Möglichkeiten für weitere Einsparungen im Zuge der Leistungserbringung ergeben, wird der AN den AG hierauf rechtzeitig hinweisen.

§ 8 Vergütung

8.1 Vergütung

Der AN erhält für seine vertragsgegenständlichen Leistungen eine Vergütung nach den Festlegungen des **Anhangs 3**.

Von der vereinbarten Vergütung sind sämtliche Vertragsleistungen des AN umfassend und vollständig erfasst, die dieser gemäß dem vertraglichen Aufgaben- und Pflichtenumfang zu erbringen hat; dies gilt auch für alle sonstigen Leistungen, die in diesem Vertrag zwar nicht ausdrücklich genannt, jedoch zur ordnungsgemäßen und vollständigen Erbringung der Leistung notwendig sind, soweit nicht nachstehend etwas anderes vereinbart ist.

Die vereinbarte Vergütung enthält ferner die Abgeltung der urheberrechtlichen Nutzungsbefugnisse des AG gemäß § 10.2 und § 10.3.

8.2 Zusatzvergütung

Zusatzvergütung kann der AN beanspruchen, wenn er aufgrund von Anordnungen des AG zusätzliche Leistungen zu erbringen hat, die über das zur ordnungsgemäßen und vollständigen Erbringung der vertraglichen Leistung angemessene Maß hinausgehen sowie in den Fallgruppen von § 3.6. Glaubt der AN, zusätzliche Vergütung beanspruchen zu können, so hat er dies unverzüglich und auf jeden Fall vor Beginn seiner Leistung mit Angabe des Umfangs der zusätzlichen Leistungen, der Vorausschätzung des zusätzlichen Zeitbedarfs und der Höhe der beanspruchten Zusatzvergütung dem AG schriftlich aufzuzeigen.

Über die Höhe der Zusatzvergütung soll eine zeitnahe Einigung, z.B. über eine Vergütungspauschale, erfolgen.

Kommt mit dem AG keine Vereinbarung über die Höhe der zusätzlichen Vergütung zustande, so erfolgt diese nach dem nachgewiesenen Zeitaufwand mit den festgelegten Stunden- und Tagessätzen.

Überschreitet der tatsächliche Leistungszeitraum der Ausführungsphase den ursprünglich bei der Abfrage zu einem Einzelauftrag benannten Leistungszeitraum der Ausführungsphase, so ist eine Überschreitung um 20%, maximal jedoch 2 Monate, mit der vereinbarten Honorarpauschale abgegolten. Eine Anpassung der Honorarpauschale kommt erst ab Überschreitung der vorgenannten Grenze in Betracht. Für Leistungen, die außerhalb dieser Abgeltungswirkung vom AN erbracht werden, erfolgt die Vergütung von nachweislich erbrachten Leistungen nach dem nachgewiesenen Zeitaufwand mit den festgelegten Stunden- und Tagessätzen.

Meinungsverschiedenheiten über eine vom AN beanspruchte Zusatzvergütung berechtigen den AN nicht, seine Leistungen zurückzuhalten oder einzustellen.

8.3 Nebenkosten des AN

Nebenkosten des AN werden nach Maßgabe des **Anhangs 3** vergütet.

8.4 Umsatzsteuer

Die Umsatzsteuer wird in der gesetzlichen Höhe gesondert vergütet. Die Rechnungsstellung des AN hat die Umsatzsteuer gesondert auszuweisen. Die Rechnungen des AN müssen im Übrigen den jeweils geltenden steuerrechtlichen Anforderungen entsprechen.

§ 9 Rechnungen / Zahlungen

9.1 Abschlagsrechnungen /-zahlungen

9.1.1 Der AN kann entsprechend dem jeweiligen Stand seiner Leistungen in angemessenen, zwischen dem AG und dem AN zu vereinbarenden, Zeitabständen Abschlagszahlungen für die nachgewiesenen Leistungen in Rechnung stellen.

9.1.2 Abschlagszahlungen werden innerhalb von 30 Kalendertagen nach Vorlage der prüffähigen Abschlagsrechnungen fällig.

9.1.3 Die Abschlagsrechnungen sind als solche zu bezeichnen und laufend zu nummerieren. Der Rechnungsbetrag ist auf der Grundlage der vereinbarten Vergütungsregelung aufzugliedern; erhaltene Abschlagszahlungen sind aufzulisten.

9.1.4 Sämtliche Rechnungen und ggf. erforderliche Nachweise sind elektronisch beim Auftraggeber einzureichen:

rechnungen@munich-airport.de und rechnungen.t2@munich-airport.de

Bitte achten Sie darauf, dass Sie pro Rechnung nur eine PDF-Datei verwenden. Wenn Sie uns zur Rechnung noch weitere Dokumente übermitteln möchten, dann fügen Sie diese bitte der Rechnungs-PDF-Datei an!

Es sind alle standardisierten E-Rechnungsformate gem. den Spezifikationen der Europäischen Norm EN 16931 zulässig.

9.2 Schlussrechnung /-zahlung

Die Schlussrechnung ist nach erfolgter Abnahme der Vertragsleistungen – als solche gekennzeichnet – einzureichen. Die Schlusszahlung wird nach Erfüllung aller aus dem Vertrag beauftragten Leistungen, Einreichung einer prüffähigen Schlussrechnung durch den AN und Ablauf eines zweimonatigen Prüfungszeitraumes für den AG zur Zahlung fällig.

Für den Inhalt der Schlussrechnung gilt § 9.1.3 Satz 2 entsprechend.

9.3 Berichtigung, Erstattung

Werden Fehler in der Abrechnung der Vergütung festgestellt, so ist diese Abrechnung zu berichtigen. Als Fehler gelten ausschließlich Erklärungsirrtümer, insbesondere Rechenfehler und Schreibfehler. Das gleiche gilt, wenn sich Änderungen der für die Berechnung der Vergütung maßgebenden Summen ergeben. AG und AN sind verpflichtet, die sich aus der Abrechnungsberichtigung ergebenden Beträge zu erstatten. Sie können sich nicht auf einen etwaigen Wegfall der Bereicherung (§ 818 Absatz 3 BGB) berufen. Diese Verpflichtung gilt bis zum Ablauf des auf das Jahr folgenden Jahres, in dem das Rechnungsprüfungsverfahren für die Baumaßnahmen von der letzten Prüfungsbehörde für abgeschlossen erklärt worden ist.

Der AN hat eine zu erstattende Überzahlung seit Annahme der jeweiligen Zahlung – ohne Umsatzsteuer - mit einem Zinssatz von 4% pro Jahr zu verzinsen, es sei denn, es werden höhere oder geringere gezogene Nutzungen nachgewiesen.

9.4 Keine Anerkenntniswirkung von Abschlagszahlungen

Mit der Zahlung von Rechnungen ist keine Anerkennung der Vertragserfüllung oder ein Verzicht auf Erfüllungs-, Mängelhaftungs- oder sonstige Rechte durch den AG verbunden.

§ 10 Urheberrechte

10.1 Urheberrecht des AN

Dem AN verbleibt das Urheberrecht auf die von ihm auftragsbezogen erstellten Unterlagen.

10.2 Nutzungsrecht des Auftraggebers

Der AG hat das Recht, die Unterlagen und Arbeitsergebnisse des AN aus diesem Vertrag ganz oder teilweise, auch ohne Mitwirkung des AN, für die eigenen Projektzwecke, einschließlich einer Weiterbearbeitung, selbst, gemeinsam mit Dritten oder durch Dritte zu nutzen, zu verwerten, zu ändern oder fertig stellen zu lassen.

Alle voranstehenden Festlegungen gelten auch für gewerbliche Schutzrechte zu den vertragsgegenständlichen Arbeitsergebnissen.

10.3 Freistellung des Auftraggebers

Der AN ist verpflichtet, den AG von Schutzrechten Dritter, die durch die Leistungserbringung des AN berührt werden und nicht anderweitig abgegolten sind, freizustellen.

10.4 Veröffentlichungsrecht

Der AG hat das Recht zur projektbezogenen Veröffentlichung von Arbeitsergebnissen des AN, jedoch unter dessen Namensnennung. Der AN bedarf zur Veröffentlichung der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG, die nicht ohne wichtigen Grund verweigert wird.

10.5 Vorzeitige Vertragsbeendigung

Die voranstehenden Regelungen gelten auch in allen Fällen, in denen das Vertragsverhältnis vorzeitig endet.

§ 11 Haftung und Mängelansprüche / Verjährung

11.1 Grundlage der Haftung

Mängel- und Schadenersatzansprüche des AG richten sich nach den gesetzlichen Vorschriften, insbesondere dem Werkvertragsrecht, soweit nicht etwas anderes vereinbart ist.

11.2 Anerkennung, Zustimmung des Auftraggebers/Abnahme

Die Haftung des AN für die Richtigkeit und Vollständigkeit seiner Leistungen wird durch die Anerkennung oder Zustimmung des AG nicht berührt. Dies gilt auch für (Teil-) Zahlungen oder Abschlagszahlungen des AG.

Die Leistung des AN wird nach Fertigstellung förmlich abgenommen. Die Abnahme erfolgt nach vollständiger Fertigstellung der letzten zu erbringenden Leistung des AN. Teilabnahmen sind ausgeschlossen.

Haftungs- und Mängelansprüche des AG bestehen auch, sofern sie durch entsprechende Haftpflichtversicherung des AN (§ 12) im Umfang oder der Höhe nach nicht gedeckt sind.

11.3 Haftungsgründe

Der AN haftet insbesondere dafür, dass seine Leistungen den allgemein anerkannten Regeln der Technik unter Berücksichtigung des neuesten Standes der Technik sowie den einschlägigen öffentlich-rechtlichen oder sonstigen einschlägigen Bestimmungen und Richtlinien in ihrer jeweils geltenden Fassung gemäß § 5.1, sowie dem Grundsatz der Wirtschaftlichkeit gemäß § 7 entsprechen.

Der AN sichert als Vereinbarung über die Beschaffenheit zu, dass

- die von ihm aufgrund dieses Vertrages jeweils zu erstellenden Unterlagen für die weitere Bearbeitung bestimmungsgemäß geeignet sind

und

- die Planungsleistungen zweckgerichtet geeignet sind, die zu realisierenden Projektbereiche in den beauftragten Beauftragungsblöcken/Leistungsphasen im vom AG festgelegten bzw. genehmigten Termin- und Kostenrahmen zu ermöglichen.

§ 12 Haftpflichtversicherung des AN

Zur Sicherung etwaiger Ersatzansprüche aus Handeln oder Unterlassen des AN, welches im Zusammenhang mit diesem Projekt steht, hat der AN unverzüglich nach Vertragsabschluss eine Haftpflichtversicherung nachzuweisen. Die Deckungssummen dieser Versicherung müssen für ihn mindestens betragen:

Für Personen-, Sach- einschließlich Vermögens-
schäden pauschal je Schadensfall € 2.500.000,--

Die vorgenannte Versicherung des AN muss bei einem in der EU zugelassenen Haftpflichtversicherer abgeschlossen sein.

§ 13 Kündigung

13.1 AG und AN können den Rahmenvertrag jederzeit aus wichtigem Grund, auch fristlos, kündigen. Im Übrigen bleiben die gesetzlichen Kündigungsvorschriften, insbesondere § 649 BGB unberührt.

13.2 Jede Kündigung ist schriftlich zu erklären.

§ 14 Arbeiten im Sicherheitsbereich

☒ Bei Lieferungen oder Leistungen in den bzw. im Sicherheitsbereich (nicht öffentlicher Bereich gemäß §§ 8,10 Luftsicherheitsgesetz) unterwirft sich der Auftragnehmer den jeweils geltenden Regelungen für das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München sowie über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München. Siehe hierzu die Merkblätter „Merkblatt über das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München“ sowie „Merkblatt über Flughafenlieferungen in den Sicherheitsbereich des Flughafens München“. (50%)

Der Auftragnehmer wird insbesondere darauf hingewiesen, dass ab dem 29.04.2012 sämtliche Flughafenlieferungen im Sinn des Anhangs der VO (EU) 185/2010 Ziff. 9.0.2 sog. „nicht bekannter Lieferanten von Flughafenlieferungen“ in die Sicherheitsbereiche des Flughafens München vollständig kontrolliert werden müssen und es hierdurch zu – nicht quantifizierbaren – Wartezeiten kommen kann. Dies ist vom Auftragnehmer zu berücksichtigen. Der Auftragnehmer ist verpflichtet, sich in regelmäßigen Abständen über Neuerungen, Änderungen und Aktualisierungen bei der Kontrolle von Flughafenlieferungen unter <https://www.munich-airport.de/lieferanten-86741> zu informieren.

☒ Die beauftragten Leistungen werden nicht im Sicherheitsbereich des Flughafens München ausgeführt. (50%)

§ 15 Wesentliche weitere Vertragsbedingungen, die nicht beigelegt sind:

Nachfolgend aufgeführt Unterlagen, sind wesentliche Vertragsbedingungen, die nicht beigelegt sind.

- ☒ Flughafenbenutzungsordnung, abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/informationen-fur-aviation-partner-86550>
- ☒ Auszug Gesetz zur Bekämpfung der Schwarzarbeit abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☒ Merkblatt über das anonyme Hinweisgebersystem BKMS® System abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/compliance-86861>
- ☒ Geschäftspartnerkodex des Flughafen München Konzern, abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/compliance-86861>
- ☐ Merkblatt über die Rahmenvertragsabwicklung des Flughafens München abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>
- ☐ Richtlinie zur LV-Erstellung abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/ausschreibungen-855722>

Der AN verpflichtet sich ferner, die im Geschäftspartnerkodex des Flughafen München Konzern, - abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/compliance-86861> – festgelegten Leitlinien und Grundsätze, insbesondere alle Anforderungen aus dem Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz (LkSG), soweit diese auf externe Geschäftspartner Anwendung finden, zu akzeptieren und einzuhalten sowie alle Anstrengungen zu unternehmen, um die Einhaltung des Geschäftspartnerkodex sowie des LkSG während der gesamten Geschäftsbeziehung sicherzustellen. Der AN informiert den Auftraggeber laufend über potenzielle Risiken und ergreift angemessene Abhilfemaßnahmen, um eine Verletzung dieser Grundsätze/Normen zu verhindern und zu beenden oder das Ausmaß einer Verletzung zu minimieren. Der AN ist verpflichtet, den AG von Bußgeldern freizustellen, mit denen der Auftraggeber infolge der Nichterfüllung seiner auftragnehmerseitigen Pflichten belegt wird.

Der AN verpflichtet sich, die Schulung unmittelbarer Lieferanten des Flughafen München Konzerns nach § 6 Abs. 4 Nr. 3 LkSG – abrufbar unter <https://www.munich-airport.de/verantwortungsvolle-lieferkette-15626660> – wahrzunehmen.

Alle einschlägigen gesetzlichen und behördlichen Vorschriften sowie Zollvorschriften sind zu beachten. Der AG übernimmt keine Gewähr hinsichtlich behördlicher Maßnahmen, Auflagen oder Nichterteilung und Einschränkung von Genehmigungen.

§ 16 nicht belegt

§ 17 Schlussbestimmungen

- 17.1 Änderungen und Ergänzungen dieses Rahmenvertrages bedürfen aus Beweisgründen der Schriftform. Änderungen der Schriftform bedürfen ihrerseits der Schriftform.

Das Erfordernis der Schriftform wird hinsichtlich Vertragsschluss, Vertragsänderungen, Änderung der Schriftformklausel, Vertragsergänzungen, Nachtragsvereinbarungen oder Optionsausübungen neben einer eigenhändigen Unterschrift auch durch die nachfolgend angekreuzte Form einer elektronischen Signatur auf einem elektronischen Dokument gewahrt:

- ☐ Eine einfache elektronische Signatur i.S.d. Art. 3 Nr. 10 (EU) Nr. 910/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014.
- ☒ Ausschließlich durch eine qualifizierte elektronische Signatur i.S.d. Art. 3 Nr. 12 (EU) Nr. 910/2014 des europäischen Parlaments und des Rates vom 23. Juli 2014 und § 126a BGB.

Für eine Einigung, sofern eine solche erforderlich ist, müssen die Parteien jeweils ein gleichlautendes Dokument in der oben angekreuzten Form elektronisch signieren oder einen Ausdruck des Dokuments eigenhändig unterschreiben.

Von dieser Klausel nicht umfasste Formvorgaben in diesem Vertrag oder etwaigen Vertragsbedingungen bleiben unberührt.

- 17.2 Erfüllungsort für die Leistungen des AN ist der Sitz des AG.

- 17.3 Gerichtsstand ist München (Landgericht München I).

- 17.4 Datenschutz

- 17.4.1 Der AN verpflichtet sich, die jeweils geltenden deutschen und europäischen datenschutzrechtlichen Bestimmungen, insbesondere die Datenschutz-Grundverordnung („DSGVO“) sowie das Bundesdatenschutzgesetz („BDSG“) zu befolgen. Der AN stellt insbesondere sicher, dass personenbezogene Daten ausschließlich im Rahmen der Erfüllung dieses Vertrages und zugehöriger Anlagen verarbeitet werden. Sofern der AN die Daten für weitere Zwecke verwenden möchte, wird er eine schriftliche Einwilligung der Auftraggeberin einholen.

- 17.4.2 Der AN sichert zu, dass im Rahmen der Vertragsdurchführung personenbezogene Daten nur in dem Umfang verarbeitet werden, wie es für die Vertragsdurchführung erforderlich ist. Die Ausführungen zum Abschluss weiterer Verträge nach datenschutzrechtlichen Bestimmungen gelten entsprechend.

- 17.4.3 Der AN ist verpflichtet, seine Mitarbeiter und sonstige Personen, deren Daten er übermittelt, über diese Verarbeitung zu informieren und gegenüber den betroffenen Personen eine Rechtsgrundlage für die Verarbeitung zu schaffen. Der AN ist dafür verantwortlich, seinen Mitarbeitern die Wahrnehmung der Betroffenenrechte gemäß Art. 15-21 DSGVO zu ermöglichen.

- 17.4.4 Handelt es sich bei der auftragsgegenständlichen Leistung zwischen AG und AN um eine Auftragsverarbeitung gemäß Art. 28 DSGVO, werden sich AG und AN über den Abschluss eines Vertrages zur Auftragsverarbeitung nach Art. 28 Abs. 3 DSGVO abstimmen.

Dieser Vertrag zur Auftragsverarbeitung hat alle Anforderungen an das weisungsgebundene AG-AN-Verhältnis nach Art. 28 DSGVO sowie alle erforderlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten nach DSGVO zu enthalten und zu regeln. Der Vertrag zur Auftragsverarbeitung wird in diesem Fall zur Anlage dieses Hauptvertrages.

- 17.4.5 Handelt es sich bei der auftragsgegenständlichen Leistung zwischen AG und AN um eine gemeinsame Verantwortlichkeit gemäß Art. 26 DSGVO, werden sich AG und AN über den Abschluss eines Joint-Controller Vertrages nach Art. 26 DSGVO abstimmen. Dieser Joint-Controller Vertrag hat alle Anforderungen an das gemeinsame Verantwortungsverhältnis von AG und AN nach Art. 26 DSGVO sowie alle erforderlichen Anforderungen an die Verarbeitung personenbezogener Daten nach DSGVO zu enthalten und zu regeln. Der Joint-Controller Vertrag wird in diesem Fall zur Anlage dieses Hauptvertrages.
- 17.4.6 Darüber hinaus verpflichtet sich der AN technische und organisatorische Maßnahmen gemäß Art. 24, 25 und 32 DSGVO umzusetzen, die erforderlich sind, um den Schutz personenbezogener Daten zu gewährleisten und die vorliegenden Vorgaben sicherzustellen. Insbesondere wird der AN seine Mitarbeiter auf die Einhaltung des Datenschutzes verpflichten und dies dokumentieren. Diese Verpflichtung besteht für die Mitarbeiter auch über das Ende der Tätigkeit des AN für den AG hinaus. Der AN wird die Erfüllung der vorliegenden Vorgaben kontinuierlich überwachen. Der AG kann durch eine von ihm legitimierte Person die Einhaltung der Verpflichtungen überprüfen lassen.
- 17.6 Es ist ausschließlich das Recht der Bundesrepublik Deutschland auf diesen Vertrag anzuwenden.
- 17.7 Ein Zurückbehaltungsrecht des AN an Unterlagen und Plänen des AG sowie an den für den AG nach diesem Vertrag anzufertigenden und zu übergebenden Unterlagen ist – soweit gesetzlich zulässig – ausgeschlossen.
- 17.8 Sicherheit von IT-Systemen

Funktionierende Informations- und Kommunikationssysteme (IT-Systeme) sind für den Auftraggeber für die Bereitstellung der Infrastruktur zur Durchführung des Luftverkehrs von besonderer Bedeutung.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich, geeignete technische und organisatorische Maßnahmen nach dem Stand der Technik zum Schutz der von ihm eingesetzten Hard- und Software zu ergreifen, um die Sicherheit (Verfügbarkeit, Vertraulichkeit, Authentizität und Integrität) der von ihm und dem Auftraggeber im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten IT-Systeme zu gewährleisten. Hierzu zählen unter anderem der Einsatz von aktuellen Betriebssystemen, , Verfahren zur Beseitigung von technischen Schwachstellen (Patchmanagement) oder der Einsatz von aktuellen Vorkehrungen zum Schutz der IT-Systeme (aktuelle Firewall, aktueller Virens Scanner), unsere Mitarbeiter sowie Unterauftragnehmer / Nachunternehmer sowie sonstige Dritte nachweisbar auf die Verantwortung und Verpflichtung in Bezug auf Sicherheit von IT-Systemen entsprechend der vorgenannten Anforderungen hinzuweisen (z. B. regelmäßige Passwortänderung, Sperren des PCs bei Verlassen des Arbeitsplatzes, etc.). Auf Aufforderung wird der AN dem AG den entsprechenden Nachweis unverzüglich erbringen.

Erkennt der Auftragnehmer, dass die Sicherheit der IT-Systeme verletzt wurde oder dass der Verdacht einer solchen Verletzung besteht (Sicherheitsvorfall), hat der Auftragnehmer den Auftraggeber hierüber unverzüglich in Textform umfassend zu informieren. Der Auftragnehmer hat an der Aufklärung von Sicherheitsvorfällen mitzuwirken, die in seinem Einflussbereich liegenden Tatsachen und Auswirkungen zu ermitteln und dem Auftraggeber alle erforderlichen Informationen von sich aus zur Verfügung zu stellen.

Der Auftragnehmer wird während der Vertragsdurchführung an Maßnahmen des Auftraggebers zur Verbesserung der Sicherheit der von ihm und dem Auftraggeber im Rahmen der Vertragsdurchführung eingesetzten IT-Systeme mitwirken. Dies gilt insbesondere für entsprechende Maßnahmen nach einem Sicherheitsvorfall.

- 17.9 Der Auftragnehmer verpflichtet sich, alle erforderlichen – insbesondere technischen und organisatorischen – Maßnahmen zu ergreifen, um Interessenskonflikte zu vermeiden und etwaige bestehende oder entstehende Interessenskonflikte ungefragt unverzüglich offen zu legen.

Der Auftragnehmer verpflichtet sich ferner unverzüglich offenzulegen, wenn sich in seinem Unternehmen Personen befinden, bei denen es sich um Amts- (z. B. Beamte, Richter) und / oder Mandatsträger (z. B. Abgeordnete) handelt, welchen bezogen auf den hier zu vergebenden Auftrag, maßgebliche Entscheidungsträger sind, sofern eine Offenlegung nicht bereits bei Vertragsanbahnung oder Vertragsschluss erfolgt ist.

Auftraggeber:

Flughafen München GmbH / T2 Gesellschaft
ggf. Bezeichnung der Tochtergesellschaft

Auftragnehmer:

Bezeichnung

Ort:	Namensnennung:
Datum:	Bezeichnung des Unternehmens, für das die Erklärung abgegeben wird:

LV-Nr. 2026-1004969

Anhang 1 - Vom Auftragnehmer zu bearbeitende Bauwerke/Anlagen

Die zu bearbeitenden Bauwerke befinden sich teilweise im öffentlichen und teilweise im nicht-öffentlichen Bereich des Flughafens. Daher müssen die Bearbeiter zugangsberechtigt zum Sicherheitsbereich sein (s. hierzu "Merkblatt über das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München").

Die genaue Objektanschrift wird mit dem Abruf gem. Anhang 4 bekannt gegeben.

LV-Nr. 2026-1004969

Anhang 2 - Beschreibung der Vertragsleistungen des Auftragnehmers (Leistungsbeschreibung)

1. Allgemeine Festlegungen zum Leistungsumfang

Auf der Grundlage der Festlegungen des Rahmenvertrages SiGeKo (im Folgenden: Vertrag), insbesondere dort § 3 „Leistungen des Auftragnehmers“, werden im nachfolgenden vertragsgegenständlichen Anhang 2 (§ 2.1 des Vertrages) die vertraglichen Leistungspflichten des AN näher beschrieben.

2. Allgemeine Anforderungen

Die unter Ziffer 3 näher beschriebenen Leistungen sind im Rahmen von Umbau- und Ausbauvorhaben regelmäßig ohne großen zeitlichen Vorlauf zu erbringen.

Die zu bearbeitenden Bauwerke befinden sich teilweise im öffentlichen und teilweise im nicht-öffentlichen Bereich des Flughafens. Daher müssen die Bearbeiter zugangsberechtigt zum Sicherheitsbereich sein (s. hierzu "Merkblatt über das Betreten der Sicherheitsbereiche des Flughafens München").

Fundierte Flughafenkenntnisse sind erwünscht. Die Reaktionszeit beträgt 24 – 48 Stunden.

Für die Leistungserbringung sind ein Vorfeldführerschein sowie Kenntnisse der einschlägigen technischen und kaufmännischen Regelwerke erforderlich.

3. Leistungsbeschreibung

3.1. SiGeKo-Leistungen in der Planungsphase des Bauvorhabens

- Koordinierung der Maßnahmen aus den allgemeinen Grundsätzen nach § 4 Arbeitsschutzgesetz bei der Planung der Ausführung
- Hinwirken auf die Erstellung einer Baustellenordnung und eines Baustelleneinrichtungsplanes hinsichtlich der Vermeidung gegenseitiger Gefährdungen
- Feststellen sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanter Wechselwirkungen zwischen den Arbeiten der einzelnen Gewerke auf der Baustelle und anderen betrieblichen Tätigkeiten oder Einflüssen auf oder in der Nähe der Baustelle.
- Integration der Sicherheits- und Gesundheitsschutzregelungen und Vorgaben der Flughafen München GmbH.
- Beraten bei der Terminplanung, insbesondere bei der Abstimmung von Bauausführungszeiten, um Gefahren, die durch ein zeitliches Nebeneinander hervorgerufen werden können, zu vermeiden.
- Hinwirken auf das Festlegen von Meldepflichten an den Koordinator in den Vertragsunterlagen.
- Ausarbeiten des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplans und an den Planungsprozess anpassen, soweit dies erforderlich ist.
- Ausfertigung Sicherheits- und Gesundheitsschutzplans in Datenformat und Papierform

LV-Nr. 2026-1004969

Anhang 2 - Beschreibung der Vertragsleistungen des Auftragnehmers (Leistungsbeschreibung)

- Mitwirken bei der Berücksichtigung von Leistungen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz in Ausschreibungen, Vergabe- und Bauvertragsunterlagen
- Aufzeigen von Möglichkeiten zur Vermeidung von Sicherheits- und Gesundheitsrisiken
- Beraten bei der Planung der Baustelleneinrichtung
- Hinwirken auf das Festlegen von Meldepflichten an den Koordinator in den Vertragsunterlagen
- Mitwirken beim Erstellen der Vorankündigung und deren Übermittlung an die nach Landesrecht zuständige Behörde (z. B. Gewerbeaufsichtsamt oder Amt für Arbeitsschutz)
- Aushängen und Anpassen der Vorankündigung
- Übergabe und ausführliche Erläuterung der Sicherheits- und Gesundheitsschutzdokumentation an den SiGeKo der Ausführungsphase in Daten- und Papierform
- Beraten bei der Planung bleibender sicherheitstechnischer Einrichtungen für mögliche spätere Arbeiten an der baulichen Anlage.
- Zusammenstellen der Unterlage mit den erforderlichen Angaben für die sichere und gesundheitsgerechte Durchführung dieser Arbeiten.
- Anforderungen an Form und Inhalt der Unterlage:
Risiken und Lösungsmaßnahmen des fertigen Bauwerks für den späteren sicheren Betrieb sind in übersichtlicher Form zusammengeführt.
Die Unterlage für spätere Arbeiten wird nach Fertigstellung des Bauwerks inklusive einer geschlossenen Bilddokumentation fortgeschrieben.
Die notwendige Dokumentation zum Betrieb sowie der Wartung und Instandhaltung ist dieser Unterlage vollständig beigelegt.
- Ausfertigung der Gebäudemerkmalsakte (Unterlage) in bearbeitbarer Datenform (.doc oder .xls) und Papierform
- Mitwirken bei der Berücksichtigung von Leistungen zu Sicherheit und Gesundheitsschutz in Ausschreibungen, Vergabe- und Bauvertragsunterlagen;
- Prüfung der Angebote und der Vergabe.

3.2. SiGeKo-Leistungen in der Ausführungsphase des Bauvorhabens

- Übernahme der Gesundheitsschutzkoordination aus der Planungsphase. Durch den Sicherheitskoordinator der Planungsphase werden die hier erstellten Dokumentationen übergeben und ausführlich erläutert.
- Aushängen und Anpassen der Vorankündigung.
- Bekannt machen, Anpassen und Fortschreiben des Sicherheits- und Gesundheitsschutzplanes bei den beteiligten Unternehmen sowie Hinwirken auf seine Einhaltung und auf die

LV-Nr. 2026-1004969

**Anhang 2 - Beschreibung der Vertragsleistungen des Auftragnehmers
(Leistungsbeschreibung)**

Umsetzung der erforderlichen Arbeitsschutzmaßnahmen durch die beteiligten Unternehmen.

- Information und eingehende Erläuterung der Maßnahmen für Sicherheit und Gesundheitsschutz gegenüber allen Auftragnehmern (einschließlich der Nachunternehmer und der Unternehmer ohne Beschäftigte).
- Organisieren des Zusammenwirkens der bauausführenden Unternehmen hinsichtlich Sicherheit und Gesundheitsschutz zum Beispiel durch Sicherheitsbesprechungen und – Begehungen mit Dokumentation und Auswerten der Ergebnisse
- Koordinieren der Überwachung der ordnungsgemäßen Anwendung der Arbeitsverfahren durch die Arbeitgeber zum Beispiel durch Einfordern von Nachweisen
- Festlegen von Meldepflichten der Arbeitgeber an den Sicherheits- und Gesundheitsschutz Koordinator, z.B. für den Beginn besonders gefährlicher Arbeiten
- Hinwirken auf die Einhaltung der Baustellenordnung und des Baustelleneinrichtungsplanes (soweit diese vorhanden sind) hinsichtlich der Vermeidung gegenseitiger Gefährdungen.
- Berücksichtigung sicherheits- und gesundheitsschutzrelevanter Wechselwirkungen zwischen Arbeiten auf der Baustelle und anderen betrieblichen Tätigkeiten oder Einflüssen auf oder in der Nähe der Baustelle.

Mit dem jeweiligen Leistungsabruf wird die genaue Aufgabenstellung beschrieben.

Vertrags-Nr. 2026-1004969
Anhang 3 - Vergütung

I. Allgemeine Grundlagen der vereinbarten Vergütung

1. Allgemeine Festlegungen /

- 1.1 Es wird ein **Planerhonorar** vereinbart, dessen Berechnungsgrundlagen im Planer-Rahmenvertrag (im Folgenden: Vertrag) und im vorliegenden **Anhang Vergütung** festgelegt sind.
 - 1.2 Die Vergütung des AN erfolgt entsprechend dem Umfang des jeweiligen Leistungsabrufes des AG nach den hierzu im vorliegenden Anhang „Vergütung“ vereinbarten Vergütungsfestlegungen.
 - 1.3 Mit dem vereinbarten Honorar sind sämtliche vertragsgegenständlichen Leistungen des jeweiligen Leistungsabrufes des AN für die Vertragsdauer abgegolten, ausgenommen:
 - 1.3.1 vergütungspflichtige zusätzliche oder geänderte Leistungen i.S.v. Ziff. 3.6 i.V.m. Ziff. 8.2 des Vertrages,
 - 1.3.2 Nebenkosten des AN, die über Ziff. 1.4 hinaus nach im Einzelfall zwischen AG und AN zu treffender Vereinbarung gesondert vergütet werden sollen.
 - 1.4 Das vereinbarte Honorar gilt für die Dauer des Rahmenvertrages sowie die tatsächliche Dauer der durch den jeweiligen Leistungsabruf beauftragten Vertragsleistungen.
 - 1.5 Kommt es zu einer Überlappung von Vertragsleistungen aus einzelnen HOAI-Leistungsphasen / Projektstufen, so führt dies zu keiner Änderung der vereinbarten Vergütung.
 - 1.6 Die vereinbarten Honorare enthalten die Abgeltung der Übertragung der urheberrechtlichen Nutzungsrechte nach Ziff. 10 des Vertrages.
 - 1.7 Etwaige Koordinations- und Überwachungskosten des Auftragnehmers aus Nachunternehmer-/Unterauftragnehmerbeauftragung oder aufgrund der Bildung einer Planungs- bzw. Ingenieurgemeinschaft werden nicht gesondert vergütet.
 - 1.8 Sämtliche, im vorliegenden Anhang Vergütung vereinbarten Vergütungen sind Netto-Angaben. Die Umsatzsteuer ist gesondert in Rechnung zu stellen und wird bei gesondertem Ausweis zusätzlich vergütet.
2. Pauschalierung der Honorare

Vertrags-Nr. 2026-1004969
Anhang 3 - Vergütung

3. Zeithonorar

Soweit das Honorar des AN nach den Bestimmungen des Vertrages samt seinen Anhängen als Vergütung nach Zeitaufwand berechnet wird, gelten während der Vertragsdauer folgende Pauschalsätze:

		Stundensatz (netto €)	Tagessatz (netto €)
Kategorie A:	Büroinhaber / Partner / Projektleiter	[xx,xx] €	[xx,xx] €

jeweils inkl. Nebenkosten und zuzüglich gesetzlicher Umsatzsteuer.

Dem Tagessatz liegt eine arbeitstäglich durchschnittliche Arbeitsdauer von 8 - 10 Stunden bei einer max. Wochenarbeitszeit von 45 Stunden (Arbeitszeitgesetz) zugrunde.

Der Stundensatz fällt ab einer Leistungsdauer von mindestens 30 Minuten an.

Die vereinbarten Stunden- und Tagessätze sind für die verbindliche Laufzeit des Rahmenvertrags nach § 6.1 des Rahmenvertrags (01.09.2026 – 31.08.2031) Festpreise. Für Leistungen, die bei Fortbestehen des Vertrags nach diesem Zeitraum beauftragt werden, werden die vereinbarten Stunden- und Tagessätze jeweils einmalig um 8 % erhöht.

4. Nebenkosten

Eine gesonderte Erstattung der Nebenkosten findet nicht statt. Die Abgeltung der Nebenkosten ist in den vereinbarten Honoraren eingerechnet.

Vertrags-Nr. 2026-1004969
Anhang 3 - Vergütung

II. ~~Besondere Honorarfestlegungen für Objektplanung für Gebäude gem. § 33 HOAI~~

Die Vergütung für die nach dem vorliegenden Vertrag (insbesondere ~~Anhang 2~~) zu erbringenden ~~Planungsleistungen der Objektplanung bei Gebäuden~~ wird ergänzend zu den Vorgaben nach voranstehender Ziffer I. wie folgt ermittelt:

1. ~~Maßgebliche Objekteinordnung~~

Der vertragsgegenständliche Planungsbereich ist im Leistungsabruf auf der Grundlage von ~~Anhang 4~~ des Vertrages näher beschrieben.

Auf der Grundlage von § 11 Abs. 2 HOAI werden ggf. einzelne Objekte als Teile einer Gesamtmaßnahme honorarmäßig zu einem Objekt zusammengefasst.

2. ~~Honorarzone:~~

Für das Objekt gemäß voranstehender Ziffer 1 wird verbindlich folgende Honorarzone vereinbart:-

Vereinbarte Honorarzone: [Nennung der Honorarzone]

3. ~~Vorläufige anrechenbare Kosten~~

Es werden folgende anrechenbare Kosten vorläufig zugrunde gelegt:

3.1 ~~Kosten der Baukonstruktion (Kostengruppe 300)~~

Summe Kostengruppe 300 _____ [xx,xx]-€

3.2 ~~Kosten der Technischen Anlagen (Kostengruppe 400)~~

Summe Kostengruppe 400 _____ [xx,xx]-€

4. ~~Anteilige Anrechnung der Kosten der Technischen Anlagen~~

Die anteilige Anrechnung der Kosten der Technischen Anlagen bestimmt sich nach § 33 Abs. 2 HOAI.

5. ~~Höhe der vertraglich vereinbarten Teilleistungssätze~~

Die Teilleistungssätze werden für die einzelnen Leistungsphasen wie folgt vereinbart:-

Vertrags-Nr. 2026-1004969
Anhang 3 - Vergütung

	Vertragsleistungen der Leistungsphasen	Teilleistungssatz	Vorläufiges Honorar (netto) in Euro
<input type="checkbox"/>	Grundlagenermittlung	{xx,xx} %	{xx,xx} €
<input type="checkbox"/>	Vorplanung	{xx,xx} %	{xx,xx} €
<input type="checkbox"/>	Entwurfsplanung	{xx,xx} %	{xx,xx} €
<input type="checkbox"/>	Genehmigungsplanung	{xx,xx} %	{xx,xx} €
<input type="checkbox"/>	Ausführungsplanung	{xx,xx} %	{xx,xx} €
<input type="checkbox"/>	Vorbereitung der Vergabe	{xx,xx} %	{xx,xx} €
<input type="checkbox"/>	Mitwirkung bei der Vergabe	{xx,xx} %	{xx,xx} €
<input type="checkbox"/>	Objektüberwachung und Dokumentation	{xx,xx} %	{xx,xx} €
<input type="checkbox"/>	Objektbetreuung	{xx,xx} %	{xx,xx} €
	Gesamt:	{xx,xx} %	{xx,xx} €

6. ~~Honorartafel zu § 34 Abs. 1 HOAI~~

6.1 ~~Ausgehend vom 100% Honorar gemäß Honorartafel zu § 35 Abs. 1 HOAI errechnet sich das Honorar zum vertragsgegenständlichen Objekt für die hier beauftragten Vertragsleistungen nach den vorliegenden Kostengrundlagen für die jeweils (fest sowie optional) beauftragten~~

Vertrags-Nr. 2026-1004969
Anhang 3 - Vergütung

Leistungsphasen/Projektstufen/Beauftragungsblöcke anteilig gemäß den vereinbarten Teilleistungssätzen aus der Honorartafel zu § 35 Abs. 1 HOAI, soweit nicht ein Pauschalhonorar oder ein Zeithonorar vereinbart ist oder wird. Für das Berechnungshonorar ist weitere vereinbarte Honorarberechnungsgrundlage, dass jeweils die Spalte „Basishonorarsatz“ maßgeblich ist.

6.2 Für Zwischenwerte der anrechenbaren Kosten gilt § 13 HOAI (Interpolation).

7. Leistungen bei Umbauten und/oder Modernisierungen

Für die Leistungen gemäß § 36 HOAI i.V.m. § 6 Abs. 2 HOAI

☐ wird kein Zuschlag vereinbart. Die Vergütung hierfür ist in den vorliegend vereinbarten Honoraren enthalten.

☐ wird ein Zuschlag von [xx,xx] % vereinbart.

8. Besondere Leistungen

8.1 Außerhalb der Vergütungsfestlegung zum Berechnungshonorar gemäß voranstehender Vorgaben werden für die nachfolgend benannten Besonderen Leistungen gemäß Leistungsbeschreibung als Vertragsleistungen Pauschalierungen der Vergütung wie folgt vereinbart:

☐ siehe Anlage [Bezeichnung]

☐ gemäß nachfolgender Übersicht:

Besondere Leistung	Vergütung
Grundlagenermittlung	
[Beschreibung]	[xx,xx] €
[Beschreibung]	[xx,xx] €
Vorplanung	
[Beschreibung]	[xx,xx] €
[Beschreibung]	[xx,xx] €
Entwurfsplanung	
[Beschreibung]	[xx,xx] €
[Beschreibung]	[xx,xx] €
Genehmigungsplanung	

Vertrags-Nr. 2026-1004969
Anhang 3 - Vergütung

Besondere Leistung	Vergütung
{Beschreibung}	{xx,xx} €
{Beschreibung}	{xx,xx} €
Ausführungsplanung	
{Beschreibung}	{xx,xx} €
{Beschreibung}	{xx,xx} €
Vorbereitung der Vergabe	
{Beschreibung}	{xx,xx} €
{Beschreibung}	{xx,xx} €
Mitwirkung bei der Vergabe	
{Beschreibung}	{xx,xx} €
{Beschreibung}	{xx,xx} €
Objektüberwachung und Dokumentation	
{Beschreibung}	{xx,xx} €
{Beschreibung}	{xx,xx} €
Objektbetreuung	
{Beschreibung}	{xx,xx} €
{Beschreibung}	{xx,xx} €

8.2 — Der Abruf der vorgenannten Besonderen Leistungen erfolgt jeweils gesondert durch den AG-gem. Vertrag.

8.3 — Die Höhe der jeweiligen Pauschalvergütung bleibt unverändert, sofern im Vertrag nichts Abweichendes geregelt ist.

9. — Höchstbetrag

Die Auftragssumme wird auf folgenden Höchstbetrag begrenzt:

{xx,xx} €

Vertrags-Nr. 2026-1004969
Anhang 3 - Vergütung

~~Ein Anspruch auf Ausschöpfung der Auftragsobergrenze besteht nicht. Eine Überschreitung der Auftragsobergrenze ist nur mit Zustimmung des AG möglich. Der AN hat den AG bei zu erwartender Überschreitung unverzüglich zu informieren.~~



Anhang 4 – Abrufauftrag

Abrufauftrag-Nr. Nummer

Projekt	Abruf zu Rahmenvertrag	Leistung: hier:
Nummer	Nummer	Beschreibung

Grundlage dieses Auftrags (Leistungsabruf) ist der SiGeKo-Rahmenvertrag vom
Leistungsabruf erfolgt durch (Abt.): Abrufberechtigte Abt.

Leistungen des AN (Beschreibung: Ziel, Aufgabenstellung, Ergebnis):

(Forstsetzung ggf. auf Rückseite oder auf Ergänzungsblatt)

Termin für die Leistungserbringung:

- ☐ Anwendung der HOAI gem. Anhang 3
☐ Vergütung als Zeithonorar

Verrechnungssatz:
= **gesamt € t,00**

München, den

mit voranstehendem Einzelauftrag einverstanden:

Auftraggeber

Auftragnehmer

Die unterzeichnete Zweitfertigung bitten wir an uns zurückzusenden

Anhang 5 – Vertragsbedingungen für die Einhaltung der Bestimmungen des Mindestlohngesetz und Arbeitnehmerentsendegesetz

Besondere Vertragsbedingungen zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns bzw. Einhaltung des Arbeitnehmerentsendegesetzes

1. Verpflichtung zur Zahlung des gesetzlichen Mindestlohns bzw. Einhaltung des Arbeitnehmerentsendegesetzes

1.1 Zahlung von Mindestentgelten durch den Auftragnehmer

- 1.1.1 Der Auftragnehmer ist verpflichtet, seinen Beschäftigten den jeweils gültigen Mindestlohn nach dem Mindestlohngesetz zu bezahlen sowie im Geltungsbereich des Arbeitnehmer-Entsendegesetzes (AEntG) in der jeweils geltenden Fassung wenigstens diejenigen Mindestarbeitsbedingungen einschließlich des Mindestentgelts gewähren, die durch einen für allgemeinverbindlich erklärten Tarifvertrag oder einen nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsvorschrift für die betreffenden Leistungen verbindlich vorgegeben werden.

Sofern die Voraussetzungen beider vorgenannten Regelungen erfüllt sind, verpflichtet sich der Auftragnehmer für seine Beschäftigten jeweils die günstigere Regelung anzuwenden.

- 1.1.2 Der Auftragnehmer versichert, dass er in den letzten zwei Jahren vor Vertragsunterzeichnung nicht aufgrund eines Verstoßes gegen Vorschriften (z. B. § 23 AEntG, § 21 MiLoG) oder Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften, die zu einer Eintragung im Gewerbezentralregister geführt hat, mit einer Freiheitsstrafe von mehr als drei Monaten oder einer Geldstrafe von mehr als 90 Tagessätzen oder einer Geldbuße von mehr als € 2.500,00 belegt worden ist.

- 1.1.3 Der Auftragnehmer wird es dem Auftraggeber sofort anzeigen, falls Verstöße gegen das MiLoG und AEntG bzw. Vorschriften wegen illegaler Beschäftigung von Arbeitskräften während der Vertragslaufzeit auftreten sollten.

1.2 Kontrolle

- 1.2.1 Der Auftragnehmer wird während der Vertragslaufzeit prüffähige Unterlagen und Belege vorhalten, die die Einhaltung der unter Ziffer 1.1.1 genannten Vorgaben, vollständig und lückenlos nachweisen. Hierzu zählen insbesondere Entgeltabrechnungen, Unterlagen über die Abführung von Steuern und Abga-

ben, Unbedenklichkeitsbescheinigungen der Sozialversicherungsträger, Auszüge aus dem Gewerbezentralregister.

1.2.2 Der Auftragnehmer gestattet dem Auftraggeber jederzeit Kontrollen im Hinblick auf die Einhaltung der geltenden rechtlichen Bestimmungen, insbesondere der vorgenannten Gesetze, selbst oder durch Dritte durchzuführen. Die Kontrollrechte umfassen insbesondere die Prüfung der vorgenannten Unterlagen und Belege.

1.2.3 Der Auftragnehmer wirkt bei diesen Kontrollen mit und arbeitet eng mit dem Auftraggeber bzw. mit dem vom Auftraggeber benannten Dritten zusammen. Auf Aufforderung wird der Auftragnehmer die vorgenannten Unterlagen und Belege dem Auftraggeber zur Verfügung stellen.

1.3 Nachunternehmer

1.3.1 Der Auftragnehmer hat seine Nachunternehmer Subunternehmer, Unterauftragnehmer sowie Verleihunternehmer (nachfolgend einheitlich Nachunternehmer genannt) sorgfältig auszuwählen und hierbei auf die Einhaltung des MiLoG sowie ggfs. des AEntG zu achten.

1.3.2 Der Auftragnehmer hat sicherzustellen, dass seine Nachunternehmer in ihrem Vertragsverhältnis zum Auftragnehmer die ihm nach voranstehender Ziffer 1.1 obliegenden Verpflichtungen – sofern sie einschlägig sind – erfüllen.

1.3.3 Der Auftragnehmer wird die in voranstehender Ziffer 1.2 enthaltenen Auskunfts-, Kontroll- und Prüfrechte gleichlautend oder zumindest sinngemäß mit seinen Nachunternehmern vertraglich vereinbaren. Ebenso wird der Auftragnehmer seine Nachunternehmer verpflichten, bei einem weiteren Nachunternehmereinsatz zu seinen Gunsten die vorgenannten Auskunfts-, Kontroll- und Prüfrechte zu vereinbaren.

1.3.4 Der Auftragnehmer wird mit seinen Nachunternehmern ein Auskunfts-, Kontroll- und Prüfrecht im vorgenannten Sinn zugunsten des Auftraggebers unmittelbar bei den Nachunternehmern vereinbaren.

1.4 Haftungsfreistellung

1.4.1 Unberührt von eventuell vereinbarten weiteren Freistellungen stellt der Auftragnehmer den Auftraggeber auf erstes schriftliches Anfordern im Rahmen seiner Haftung gegenüber dem Auftraggeber von sämtlich von Dritten gegenüber dem Auftraggeber geltend gemachten zivilrechtlichen Ansprüchen aus behaupteten Verstößen des Auftragnehmers oder eines Nachunternehmers gegen die Pflicht zur Zahlung des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz bzw. gegen die Zahlung eines Mindestentgelts nach Arbeitnehmer-

Entsendegesetz frei. Dritte im Sinne vorstehender Regelung sind insbesondere die Beschäftigten des Auftragnehmers oder eines Nachunternehmers.

- 1.4.2 Die Freistellungsverpflichtung des Auftragnehmers gilt auch für sämtliche Sanktionen, Bußgelder oder sonstige öffentlich-rechtliche Maßnahmen oder öffentlich-rechtliche Ansprüche, die von juristischen Personen des öffentlichen Rechts wegen etwaiger Verstöße des Auftragnehmers oder eines Nachunternehmers nach voranstehender Ziffer 1.4.1 geltend gemacht werden.
- 1.4.3 Von der Freistellungsverpflichtung nach Ziffer 1.4.1 und 1.4.2 sind auch sämtliche Kosten umfasst, die im Zusammenhang mit der Rechtsverteidigung anfallen, z. B. angemessene Anwalts- und Gerichtskosten.

1.5 Sanktionen

- 1.5.1 Für jeden schuldhaften Verstoß des Auftragnehmers gegen die voranstehenden Verpflichtungen wird zwischen dem Auftraggeber und dem Auftragnehmer eine Vertragsstrafe in Höhe von 1 % des Gesamtauftragswertes vereinbart. Bei mehreren Verstößen im vorliegenden Sinn sowie gegen weitere Verpflichtungen dieses Vertrages ist die Vertragsstrafe der Höhe nach insgesamt auf 5 % des Gesamtauftragswertes begrenzt.

Dies gilt auch für den Fall, dass der Verstoß durch einen von dem Auftragnehmer eingesetzten Nachunternehmer begangen wird, es sei denn, dass der Auftragnehmer den Verstoß bei Beauftragung des Nachunternehmers nicht kannte und unter Beachtung der Sorgfaltspflicht eines ordentlichen Kaufmanns auch nicht kennen musste.

1.5.2 Fristlose Kündigung

Unabhängig von sonstigen Kündigungsrechten ist der Auftraggeber zur fristlosen Kündigung aus wichtigem Grund berechtigt, wenn der Auftragnehmer schuldhaft gegen seine Verpflichtung zur Zahlung des Mindestlohns nach dem Mindestlohngesetz bzw. zur Zahlung eines Mindestentgelts durch einen für allgemein verbindlich erklärten Tarifvertrages oder eine nach den §§ 7 oder 11 des AEntG erlassene Rechtsformverordnung verstoßen hat. Der Auftragnehmer hat dem Auftraggeber den durch die Kündigung entstandenen Schaden zu ersetzen.



Arbeitssicherheitshandbuch für den Einsatz von Fremdfirmen

1. Vorbemerkung und Allgemeines

Die Flughafen München GmbH (FMG) setzt zur Durchführung von Werk-, Dienst-, Wartungs- und Instandhaltungsleistungen Fremdfirmen [Unternehmer] ein. Dieser Einsatz von Fremdfirmen und deren Mitarbeitern stellt besondere Anforderungen an die Einhaltung der vertraglichen Leistungsanforderungen und Auftragsabwicklung sowie Qualitäts- und Sicherheitsbestimmungen.

Die Mitarbeiter der Fremdfirmen sind grundsätzlich nur den Weisungen der beauftragten Fremdfirmen unterworfen. Gleichwohl sind die arbeitsschutz-rechtlichen Bestimmungen als auch die Arbeitssicherheitsbestimmungen der FMG [Anlage 1] nach Maßgabe der folgenden Festlegungen zu beachten. Diese dienen dazu, Gefahrenpotenziale, die sich aus der Auftragsausführung ergeben, zu eliminieren.

Die organisatorischen Rahmenbedingungen dienen folglich insbesondere dazu,

- die Auftragsabwicklung
- das Betreten des Betriebsgeländes und der baulichen Anlagen der FMG
- den Ausschluss von Gefahrenquellen
- die Beschäftigtenunterweisung zu Sicherheit und Gesundheitsschutz
- das Verhalten im Normal- und Ausnahmefall
- die betrieblichen Zuständigkeiten und Weisungsbefugnisse

zu regeln.

Unberührt hiervon bleibt die Verantwortung des Auftragnehmers für die Erfüllung der Arbeitsschutzpflichten gegenüber seinen Beschäftigten und den mit der Leistungserbringung in Kontakt kommenden Dritten.



Begriffsdefinitionen:

Vertragsverantwortlicher des Fachbereiches:

Der „Vertragsverantwortliche des Fachbereiches“ steuert gesamtverantwortlich alle fachlichen Prozesse der Vertragsabwicklung.

Auftragsverantwortlicher:

Einzelauftragsbezogener Ansprechpartner der FMG für den Unternehmer bzw. den Arbeitsverantwortlichen des Unternehmers, in allen Fragen, die die Auftragsumsetzung, die Arbeits- und Sicherheitseinweisungen betreffen.

Koordinator:

Sofern Mitarbeiter mehrerer Unternehmen an einem Arbeitsplatz oder in einem Arbeitsbereich tätig werden, können gegenseitige Gefährdungen auftreten. In derartigen Fällen ist eine Koordination der Arbeiten erforderlich und FMG wird entsprechend einen Koordinator im Sinne der DGUV V1 benennen.

Arbeitsverantwortlicher:

Der Unternehmer hat vor Aufnahme der Arbeiten aus dem Vertrag der FMG einen Arbeitsverantwortlichen zu benennen, der alle Pflichten bei der Durchführung der Aufträge sowie sämtliche Führungsaufgaben vor Ort übernimmt.

Aufsichtsführender:

Soweit der Unternehmer Arbeiten ausführt, welche mit besonderen Gefahren, insbesondere für Dritte, verbunden sind, bedarf es zur Sicherstellung der insoweit erforderlichen Schutzmaßnahmen der Stellung eines Aufsichtsführenden durch den Unternehmer.



2. Sicherheit

2.1 Verantwortlichkeiten

2.1.1 Verantwortlichkeit des Unternehmers

Der Unternehmer hat für eine ordnungsgemäße Auswahl seiner Führungskräfte und Mitarbeiter zu sorgen. Er hat darauf zu achten, dass diese Personen die entsprechende fachliche Eignung sowie die erforderliche Zuverlässigkeit aufweisen.

Der Unternehmer ist verpflichtet, die notwendigen organisatorischen Maßnahmen zu ergreifen, damit die Betriebsabläufe eine gesicherte Bearbeitung der übertragenen Aufgaben ermöglichen. Er wird hierzu die erforderlichen Verfahrens- und Arbeitsanweisungen sowie Unterweisungen vornehmen.

Der Unternehmer wird seinen Kontrollverpflichtungen durch entsprechende Aufsichtsmaßnahmen hinsichtlich der Aufgabenerfüllung, d.h. insbesondere Einhaltung der Arbeits- und Sicherheitsvorschriften, nachkommen.

2.1.2 Verantwortlichkeit der FMG

Im Rahmen der Vergabe prüft die FMG die Eignung, Zuverlässigkeit und Qualifikation des Unternehmers.

Zur Sicherstellung einer vertragskonformen Ausführung der Aufträge sind die nachstehenden Bestimmungen aufgestellt worden.

Die FMG wird den Arbeitsverantwortlichen des Unternehmers in die nach Maßgabe des Vertrages anfallenden Arbeiten und der damit zu beachtenden Rahmenbedingungen einweisen. Stichprobenartig wird die FMG die Erfüllung der Leistungsanforderungen aus dem Vertrag überprüfen, soweit nicht im Einzelfall besondere Regelungen getroffen sind.



2.2 Organisation der Sicherheit

Zur Sicherstellung und Erfüllung der sich aus den Verantwortlichkeiten ergebenden Verpflichtungen werden folgende organisatorische Maßnahmen getroffen. Insoweit wird deutlich gemacht, dass die FMG ihre nachstehenden Verpflichtungen gegenüber dem Unternehmer wahrnimmt. Soweit der Unternehmer Subunternehmer einsetzt, hat er sicher zu stellen, dass sein Subunternehmer die gesamte Sicherheitsorganisation entsprechend nach Maßgabe der nachfolgenden Regelungen aufbaut.

2.2.1 Verantwortlicher Personenkreis

2.2.1.1 Vertragsverantwortlicher des Fachbereiches

Der „Vertragsverantwortliche des Fachbereiches“ steuert gesamtverantwortlich für fachlichen Prozesse der Vertragsabwicklung, insbesondere die:

- Erstellung des fachlichen Leistungsverzeichnisses
- Erstellung und Pflege der Liste der Auftragsverantwortlichen für diesen Rahmenvertrag
- Fachliche Bearbeitung von Nachträgen zum Rahmenvertrag

Davon abzugrenzen ist die Tätigkeit des Auftragsverantwortlichen.

2.2.1.2 Auftragsverantwortlicher

Die FMG wird einzelauftragsbezogen dem Unternehmer einen Auftragsverantwortlichen benennen. Dieser ist Ansprechpartner für den Unternehmer bzw. den Arbeitsverantwortlichen des Unternehmers, in allen Fragen, die die Auftragsabwicklung betreffen.

Der Auftragsverantwortliche weist den Arbeitsverantwortlichen der Fremdfirma ein. Die Einweisung wird in einem gemeinsamen Protokoll dokumentiert. Nach Maßgabe dieser Einweisung wird der Arbeitsverantwortliche des Unternehmers dessen Mitarbeiter entsprechend unterweisen, damit eine gefahrlose Erledigung der übertragenen Aufgaben sichergestellt wird.



2.2.1.3 Koordinator

Sofern Mitarbeiter des Unternehmers als auch Mitarbeiter anderer Unternehmen an einem Arbeitsplatz oder in einem Arbeitsbereich tätig werden, können gegenseitige Gefährdungen auftreten. In derartigen Fällen ist eine Koordination der Arbeiten erforderlich. Auch im Falle des Einsatzes eines Koordinators ist der Unternehmer verpflichtet, grundsätzlich eine eigene Gefährdungsbeurteilung vorzunehmen und diese gegebenenfalls mit dem Koordinator abzustimmen.

Nach Auftragserteilung wird die FMG für diese Fälle einen Koordinator bestimmen. Ist kein Koordinator bestimmt, werden die Aufgaben des Koordinators durch den Auftragsverantwortlichen wahrgenommen.

Der Aufgabenbereich des Koordinators umfasst folgende Tätigkeiten:

- Festlegung des Arbeitsablaufes in terminlicher und fachlicher Hinsicht nach Abstimmung mit den Unternehmen bzw. der FMG
- Definition der Gefahrenbereiche
- Abstimmung mit den von den Arbeiten betroffenen Bereichen
- Erarbeitung eines Sicherheitskonzeptes
- Kontrolle der Arbeitsabläufe und Sicherheitsmaßnahmen
- Organisation im Störfall

Soweit Maßnahmen vom Koordinator getroffen werden, welche in den Leistungsbereich des Unternehmers eingreifen, wird der Koordinator dies über den Arbeitsverantwortlichen des Unternehmers, welcher gegenüber den Mitarbeitern weisungsbefugt ist, veranlassen. Davon unberührt bleibt das Recht des Koordinators, im Falle der Unaufschiebbarkeit der Maßnahmen ad hoc Anweisungen gegenüber den Mitarbeitern des Unternehmers zu erteilen. Das generelle, ausschließlich dem Unternehmer zustehende, Weisungsrecht, wird hiervon nicht tangiert.

Die vom Koordinator mit dem Arbeitsverantwortlichen des Unternehmers festgelegten Maßnahmen sind in einer Ausführungsanweisung niederzulegen.



Der Arbeitsverantwortliche des Unternehmers wird die Einhaltung der getroffenen Maßnahmen dokumentieren und gemeinsam mit dem Aufsichtsführenden unterzeichnet an den Koordinator nach Ausführung der Arbeiten übergeben.

2.2.1.3 Aufsichtsführender

Soweit der Unternehmer Arbeiten ausführt, welche mit besonderen Gefahren, insbesondere für Dritte, verbunden sind, bedarf es zur Sicherstellung der insoweit erforderlichen Schutzmaßnahmen der Stellung eines Aufsichtsführenden durch den Unternehmer.

Der Unternehmer wird vor Aufnahme der Arbeiten aus dem Vertrag der FMG den Aufsichtsführenden benennen. Jeder Wechsel des Aufsichtsführenden ist der FMG schriftlich mitzuteilen. Der Aufsichtsführende ist verpflichtet, sich gegebenenfalls mit dem Koordinator abzustimmen, bleibt aber für die Organisation und Einhaltung der Sicherheitsbestimmungen vollumfänglich verantwortlich.

2.2.1.4 Arbeitsverantwortlicher des Unternehmers

Der Unternehmer hat vor Aufnahme der Arbeiten aus dem Vertrag der FMG einen Arbeitsverantwortlichen zu benennen, der alle Pflichten bei der Durchführung der Aufträge sowie sämtliche Führungsaufgaben vor Ort übernimmt. Der dem Auftraggeber benannte Arbeitsverantwortliche gilt gegenüber dem Auftraggeber als bevollmächtigt, alle Erklärungen und Handlungen abzugeben und entgegenzunehmen, die die Baudurchführung betreffen. Jeder Wechsel des Arbeitsverantwortlichen ist der FMG schriftlich mitzuteilen.

Der Arbeitsverantwortliche des Unternehmers stellt sicher, dass nur geeignetes, ausreichend qualifiziertes und unterwiesenes Personal unter Einhaltung einschlägiger gesetzlicher, tariflicher und sonstiger Vorschriften eingesetzt wird. Insbesondere wird er den Aufsichtsführenden bei dessen Aufgabenwahrnehmung unterstützen und kontrollieren.



2.2.2 Verpflichtungen des Unternehmers

Der Unternehmer ist zur Einhaltung aller arbeitsschutzrechtlichen und sicherheitsrelevanten Vorschriften verpflichtet, insbesondere vor Aufnahme der Arbeiten:

- eine ausreichende Ortsbesichtigung
- die fachliche, räumliche und zeitliche Koordination der Arbeiten
- die notwendigen Abstimmungen mit den Vertretern der FMG

vorzunehmen, insbesondere eine notwendige Gefährdungsbeurteilung. Auf Grundlage dieser Ergebnisse ist das für die Ausführung der Arbeiten erforderliche und fachlich geeignete Personal zu bestimmen und der Arbeitsablaufplan zu erstellen.

Die Unterweisung des eigenen und gegebenenfalls des Personals der Subunternehmer hat nach Maßgabe dieser Bestimmungen zu erfolgen. Der Unternehmer zeichnet dafür verantwortlich, dass alle zum Einsatz gelangenden Arbeitskräfte eine Unterweisung erhalten und diese auch verstanden haben, sofern diese der deutschen Sprache nicht oder nur eingeschränkt mächtig sind. Der Unternehmer hat die Unterweisungen zu dokumentieren und gegengezeichnet an den Auftragsverantwortlichen zu übergeben. Die Unterweisung hat allgemein und soweit erforderlich einzelauftragsbezogen zu erfolgen.

Im Falle einer relevanten Gefährdung hat der Unternehmer bzw. dessen verantwortlicher Mitarbeiter vor Ausführung der Arbeiten Kontakt mit dem Auftragsverantwortlichen oder Koordinator aufzunehmen und die notwendigen Abstimmungen zu treffen. Auch im Falle der Einschaltung des Auftragsverantwortlichen oder Koordinators bleibt der Unternehmer für seine Mitarbeiter zuständig und verantwortlich. Im Falle der Einschaltung von Subunternehmer, muss der Unternehmer diese in die Koordination einbeziehen, damit das Sicherheitskonzept durchgängig Beachtung erhält.

Der Einsatz eines Aufsichtsführenden ist unabhängig von etwaigen Festlegungen des Auftragsverantwortlichen oder Koordinators zusätzlich vom Unternehmer eigenverantwortlich zu organisieren. Dies gilt insbesondere dann, wenn der Auftragsverantwortliche und/oder der Koordinator nicht eingebunden sind.



Der Unternehmer stellt sicher, dass das Betreten und Verlassen des Arbeitsbereichs bei der FMG ordnungsgemäß dokumentiert wird.

Nach Abschluss der Arbeiten ist die Einhaltung der Sicherheitsmaßnahmen zu dokumentieren und vom Arbeitsverantwortlichen des Unternehmers gegengezeichnet dem Auftragsverantwortlichen zu übergeben [Anlage 2]

2.2.3 Kontrolle

Die FMG und der Unternehmer werden in regelmäßigen Abständen eine Kontrolle der Sicherheitsmaßnahme und -organisation durchführen. Dabei sind folgend Fragen zu beantworten und zu bewerten:





- Sind die Arbeiten qualitativ und sicherheitstechnisch vertragsgemäß durchgeführt worden?
- Ist die Zuverlässigkeit des Auftragnehmers gegeben, wurde fachkundiges Personal eingesetzt?
- Sind die Sicherheitsvorgaben in tatsächlicher und formeller Hinsicht eingehalten worden?
- Sind die vom Unternehmer getroffenen Sicherheitsmaßnahmen ausreichend?
- Werden Anweisungen vom Auftragsverantwortlichen und/oder Koordinator auf Unternehmerseite beachtet?

Auf Grundlage der gewonnenen Ergebnisse werden die FMG und der Unternehmer entsprechende Anpassungsmaßnahmen vornehmen. Im Falle unterschiedlicher Bewertung werden die Maßnahmen seitens der FMG nach billigem Ermessen getroffen.



Alarmregelungen	
	<p>Verhalten im Brandfall, bei Unfällen und sonstigen Gefahren:</p> <p>1. Notruf absetzen</p> <p>Interne Notrufnummer 112</p> <p>089/975-112 nicht vom FMG-Netz</p> <p>Die Meldung muss enthalten:</p> <p>Wer meldet?</p> <p>Was ist passiert?</p> <p>Wo ist es passiert?</p> <p>Wie viel Personen sind verletzt?</p> <p>Warten auf Rückfrage! Nicht sofort auflegen, sondern Bestätigung abwarten.</p>
	<p>2. Flucht</p> <p>Beim Ertönen eines Warnsignals, z.B. im Falle eines Brandes, müssen die Gebäude/Arbeitsplätze sofort über die nächstliegenden Rettungswege und Notausgänge verlassen werden. Jeder ist verpflichtet, andere anwesende zu warnen und verletzten bzw. behinderten Personen zu helfen.</p> <p>Der festgelegte Sammelplatz ist aufzusuchen.</p> <p>Achtung: Im Brandfall dürfen keine Aufzüge benutzt werden!</p> <p>Den Weisungen der Rettungskräfte und anderen verantwortlichen Personen (z.B. Verkehrsleiter) ist Folge zu leisten.</p>




Untersagungen	
   	<p>1. Rauchen und offene Flamme</p> <p>Das Rauchen und der Umgang mit offener Flamme ist auf dem gesamten Flughafengelände, einschließlich in Betriebsstätten, Büros und Fahrzeugen strengstens verboten. Das Rauchen ist nur in speziell eingerichteten Raucherbereichen erlaubt.</p>
	<p>2. Zutritt</p> <p>Der Zutritt zu speziellen Luftverkehrseinrichtungen ist verboten. Es dürfen nur die zugewiesenen Arbeitsbereiche eigenmächtig betreten werden. Auf dem Vorfeld dürfen nur Fahrzeuge geführt werden, wenn der Fahrzeugführer über einen gültigen Vorfeldführerschein verfügt.</p>
	<p>3. Mobilfunk</p> <p>In explosionsgefährdeten Bereichen ist der Einsatz von Mobiltelefonen und nicht explosionsgeschützten elektrischen Arbeitsmitteln nicht erlaubt. Beim Führen von KFZ auf dem Vorfeld ist das Benutzen von Mobiltelefonen strengstens verboten.</p>
	<p>4. Geheimhaltung</p> <p>Das Fotografieren von Luftverkehrseinrichtungen, Luftfahrzeugen und sonstigen Betriebseinrichtungen ist nur mit spezieller Genehmigung erlaubt.</p> <p>Gegenüber Dritten hat die Fremdfirma Stillschweigen zu bewahren</p>
	<p>5. Gefährliche Arbeiten</p> <p>Gefährliche Arbeiten sind auf dem Flughafengelände grundsätzlich untersagt. Ausnahmen sind mit schriftlicher Genehmigung möglich, z. B. bei:</p> <ul style="list-style-type: none"> • Arbeiten in engen Räumen, Behältern, Kanälen und Einrichtungen von wasserbaulichen Anlagen • Durchführung von Heißenarbeiten (Löten, Schweißen, Flexen, Heißgussverfahren) • Arbeiten mit Absturzgefahr über 7 m • Arbeiten in explosionsgefährdeten Bereichen • Elektrotechnische Arbeiten unter Spannung
	<p>6. Sicherheitsvorkehrungen</p> <ul style="list-style-type: none"> • Vorhandene Sicherheitseinrichtungen dürfen nicht beseitigt oder unwirksam gemacht werden. • Die Flughafenbenutzungsordnung ist einzuhalten • Sicherheit, Ordnung und Sauberkeit sind aufrecht zu erhalten • Den Anordnungen der Unternehmenssicherheit, Vorfeldaufsicht und anderen zur Kontrolle berechtigten Personen ist Folge zu leisten <p>Zu widerhandlungen können den sofortigen Ausschluss der Fremdfirma zur Folge haben</p>




Unfallverhütung	
	<p>1. Vorschriften</p> <p>Es gelten die gesetzlichen und berufsgenossenschaftlichen Arbeitsschutzbestimmungen (Arbeitsschutzgesetz, Betriebssicherheitsverordnung, Arbeitsstättenverordnung usw. sowie die einschlägigen Unfallverhütungsvorschriften). Ferner können für die Ausführung die Einhaltung weiterer Gesetze und Vorschriften erforderlich sein (z.B. Luftsicherheitsgesetz, Produktsicherheitsgesetz, Strahlenschutzverordnung, Kreislaufwirtschaftsgesetz usw.)</p> <p>Die Arbeitszeitregelungen sind gemäß Arbeitszeitgesetz und Bundesurlaubsgesetz einzuhalten.</p>
	<p>2. Beschaffenheit von Ausrüstung und Arbeitsmittel</p> <p>Alle für die Auftragserfüllung benötigten Arbeits- und Betriebsmittel müssen den geltenden Vorschriften und Beschaffenheitsanforderungen entsprechen und dürfen nur bestimmungsgemäß benutzt werden.</p>
	<p>3. Persönliche Schutzausrüstung (PSA)</p> <p>Soweit auf Grundlage der Gefährdungsbeurteilung das Tragen von PSA notwendig oder vorgeschrieben ist, ist die Fremdfirma verpflichtet, diese seinen Mitarbeitern in ausreichender Menge zur Verfügung zu stellen. Die Mitarbeiter sind verpflichtet, die PSA zu tragen bzw. bestimmungsgemäß zu benutzen.</p>
	<p>4. Brand- und Explosionsschutz</p> <p>Es gelten die Bestimmungen der Brandschutzordnung der Flughafen München GmbH Teil A und B. Diese ist der Fremdfirma durch den Auftragsverantwortlichen oder Koordinator bekannt zu machen.</p>
	<p>5. Arbeiten an elektrotechnischen Anlagen</p> <p>Für arbeiten an elektrischen Anlagen ist eine individuelle Regelung mit dem Auftragsverantwortlichen der FMG zu treffen. Arbeiten an elektrotechnischen Anlagen dürfen nur von Elektrofachkräften durchgeführt werden. Ausnahmen bedürfen der Zustimmung des Auftragsverantwortlichen.</p>
	




Betreten Sicherheitsbereich, Anmeldung und Unterweisung	
	<p>1. Betreten Sicherheitsbereich</p> <p>Der Sicherheitsbereich darf nur von Personen betreten werden, die im Besitz eines gültigen Flughafenausweises sind. Rechtzeitig vor Beginn der Arbeiten hat der Auftragsverantwortliche die notwendigen Zutritts- und Einfahrberechtigungen gemäß Luftsicherheitsgesetz zu organisieren und zu beantragen.</p>
	<p>2. Anmelden/Abmelden</p> <p>Für Arbeiten, die eine An- und Abmeldung bei bestimmten Abteilungen erfordern (z.B. Heißenarbeiten-An- und Abmeldung bei der Feuerwehr) ist der Arbeitsverantwortliche der Fremdfirma verantwortlich.</p>
	<p>3. Arbeiten an Sonn- und Feiertagen [bayrischer Feiertagskalender für den Standort München]</p> <p>Arbeiten an Sonn- und Feiertagen sind mit dem Auftragsverantwortlichen der FMG abzustimmen. Der Antrag auf Bewilligung der Beschäftigung von Arbeitnehmern an Sonn- bzw. Feiertagen ist vom Arbeitsverantwortlichen der Fremdfirma rechtzeitig beim für das Flughafengelände zuständigen Gewerbeaufsichtsamt der Regierung von Oberbayern zu stellen (www.gaa-m.bayern.de). Dies gilt auch für den Einsatz von ausländischen Firmen! Sind für ausländische Firmen zusätzliche Genehmigungen ausländischer Behörden notwendig, sind diese ebenfalls vom Arbeitsverantwortlichen der Fremdfirma rechtzeitig einzuholen.</p>
	<p>4. Flughafenausweis</p> <p>Der Flughafenausweis ist innerhalb des Sicherheitsbereiches durch jeden Mitarbeiter der Fremdfirma sichtbar zu tragen.</p>
	<p>5. Fahrzeuge</p> <p>Die für die Durchführung des Arbeitsauftrages notwendigen Fahrzeuge müssen sich in einem verkehrs- und betriebssicheren Zustand befinden.</p>
	<p>6. Verkehrsregelung</p> <p>Auf dem Vorfeld gilt sinngemäß die Straßenverkehrsordnung. Fahrstraßen sind einzuhalten und die zulässige Höchstgeschwindigkeit von 30 km/h darf nicht überschritten werden. Sicherheitszonen an Luftfahrzeugen dürfen nicht befahren werden. Das Parken der Fahrzeuge ist nur auf den ausgewiesenen Flächen erlaubt. Die speziellen Verkehrsregeln auf dem Vorfeld sind zu beachten.</p>



	<p>7. Unterweisung</p> <p>Der Arbeitsverantwortliche der Fremdfirma ist durch den Auftragsverantwortlichen/Koordinator zu unterweisen. Falls nicht anders vereinbart sind die Mitarbeiter der Fremdfirma durch den Arbeitsverantwortlichen der Fremdfirma zu unterweisen. Der Unterweisungsnachweis ist dem Auftragsverantwortlichen/Koordinator unmittelbar nach der Unterweisung vorzulegen.</p>
	<p>8. Koordination</p> <p>Werden Mitarbeiter verschiedener Auftragnehmer an der gleichen Arbeitsstelle tätig, sind vor Arbeitsaufnahme unter Einbeziehung eines Koordinators die Arbeiten abzustimmen, um gegenseitige Gefährdungen zu verhindern oder zu minimieren.</p>
	<p>9. Abfälle</p> <p>Sämtliche bei den Arbeiten anfallenden Abfälle sind unter Einhaltung der gesetzlichen Bestimmungen zu entsorgen. Ggf. ist die Entsorgung vorher mit der zuständigen Abteilung der FMG (Abfallwirtschaft) abzuklären.</p>
	<p>10. Gefahrstoffe</p> <p>Die Lagerung und der Einsatz von Gefahrstoffen sind vorher mit dem Auftragsverantwortlichen/Koordinator abzustimmen. Auf Verlangen sind das Sicherheitsdatenblatt und die Betriebsanweisung vorzuhalten.</p>
	<p>11. Ordnung und Sauberkeit</p> <p>Die Arbeitsstelle ist ständig in einem ordentlichen Zustand zu halten und nach Abschluss der Arbeiten aufgeräumt zu verlassen.</p> <p>Gegenstände sind gegen unbeabsichtigt Bewegungen zu sichern.</p>
	<p>12. Verhalten bei Unfällen</p> <p>Sämtliche Unfälle, Schadensfälle und Sachbeschädigungen sind sofort der Sicherheitsleitstelle zu melden. Die Unfall- bzw. Schadensstelle ist abzusichern. Die Unfall- und Schadensbeteiligten sowie Zeugen müssen bis zum Eintreffen der Unternehmenssicherheit an der Unfall- oder Schadensstelle verbleiben.</p>



Liste wichtiger Telefonnummern / Ort Sammelstelle		
	Internes Netz FMG / Öffentliches Festnetz oder Mobilfunknetz	
	Notruf:	112 089 / 975 112
	Sicherheitsleitstelle:	63113 089 / 975 113
	Störstelle:	555 089 / 975 555
	IT-Störung:	333 089 / 975 333
	Polizei	110 089 / 975 110
	Koordinator:	
	Name: _____	Tel.-Nr. _____
	Auftragsverantwortlicher FMG:	
	Name: _____	Tel.-Nr. _____
	Anlagenverantwortlicher FMG:	
	Name: _____	Tel.-Nr. _____
	Sammelstelle:	



Auftrags-Nr.:		Ausgeführte Arbeiten:	
Ausführungsort (Gebäude, Anlage, Bauwerk):		Dauer vom:	bis:
Die Durchführung nachstehender Sicherheitsmaßnahmen wird bestätigt:			
<p>1. Einhaltung von Rechtsvorschriften, technischen Regelwerken und sonstigen Vorschriften Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>2. Einhaltung von betrieblichen Anweisungen Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>3. Arbeitsablauf Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>4. Termintreue Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>5. Ausbildungsniveau/Fachkompetenz Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>6. Anzahl der MA auf den Baustellen Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>7. Ersthelfer des Auftragnehmers Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>8. Subunternehmer Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>9. Ausführungs- und Arbeitsqualität Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>10. Ordnung und Sauberkeit Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>11. Materialqualität Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>12. Werkzeuge und Hilfsmittel Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>13. PSA Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>14. Sicherheitsbewusstsein Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p>	<p>15. Koordination Arbeitsschutz Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>16. Unterweisungen Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>17. Gefährdungsbeurteilungen Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>18. Dokumentation Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>19. Umweltschutz Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>20. Freischaltverfahren Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>21. Elektrische Sicherheit Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>22. Gefahrstoffe Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>23. Staubschutz Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>24. Brandschutzmaßnahmen Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>25. Lärmimmission Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>26. Gerüste Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>27. Nachbesserungsverhalten Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p> <p>28. Positiv <input type="checkbox"/> Negativ <input type="checkbox"/></p>		
Störungen/Unfälle:			
Sonstiges:			
Ort:		Datum:	
_____		_____	
Name des Arbeitsverantwortlichen in Druckschrift:		Unterschrift:	
_____		_____	

Firmenstempel: